

# PROGRAMM

zur Kommunalwahl am 15. März 2026



**BÜRGER FÜR  
FRANKFURT BFF**

# INHALT

Zum Navigieren klicken Sie auf die Themen.

|                                                        |          |
|--------------------------------------------------------|----------|
| BESSER FÜR FRANKFURT – BFF .....                       | Seite 3  |
| Bildung .....                                          | Seite 4  |
| Digitalisierung und bürgerfreundliche Verwaltung ..... | Seite 5  |
| Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik .....           | Seite 7  |
| Haushalts- und Finanzpolitik .....                     | Seite 9  |
| Inklusion .....                                        | Seite 10 |
| Integration .....                                      | Seite 11 |
| Kleingärten, Freizeit- und freie Gärten .....          | Seite 12 |
| Kommunale Demokratie und Bürgerbeteiligung .....       | Seite 13 |
| Kultur, Freizeit und Sport .....                       | Seite 15 |
| Mobilität und Verkehrsplanung .....                    | Seite 18 |
| Sauberkeit .....                                       | Seite 23 |
| Sicherheit und Ordnung .....                           | Seite 24 |
| Sozial- und Wohnungspolitik .....                      | Seite 27 |
| Stadtökologie und Klimaanpassung .....                 | Seite 29 |
| Stadtplanung und Stadtentwicklung .....                | Seite 31 |
| Wirtschaft und Tourismus .....                         | Seite 33 |

Das vorliegende Programm der BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF zur Kommunalwahl 2026 wurde auf der Mitgliederversammlung am 21. September 2025 diskutiert und verabschiedet.

Die Kapitel sind alphabetisch angeordnet und stellen keine Priorisierung der einzelnen Themen dar.

## Vorwort

# BESSER FÜR FRANKFURT BFF

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

seit über 30 Jahren engagieren sich die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** mit Herz und Verstand für unsere Stadt. Als unabhängige Wählervereinigung sind wir seit 1997 in den Ortsbeiräten und seit 2001 mit einer Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung aktiv – und damit die einzige parteifreie Kraft, die den etablierten Parteien erfolgreich die Stirn bietet. Immer wieder haben wir zukunftsweisende Entscheidungen für unsere Stadt initiiert und durchgesetzt. Daran knüpfen wir an!

Mit unserem nunmehr siebten Wahlprogramm präsentieren wir Ihnen eine klare Vision: Ein Frankfurt, das alle Bürger stolz ihre Heimat nennen können.

Als überzeugte Lokalpatrioten, die hier leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, machen wir Sachpolitik ausschließlich für Frankfurt, ohne Partei zu sein. Deshalb sind wir keiner bundespolitischen Agenda verpflichtet, sondern ausschließlich den Interessen der Bürger unserer Stadt.

Jahrzehntelange, uneingeschränkte Parteienherrschaft hat Frankfurt in Missstände und Fehlentwicklungen gestürzt. Aus Erfahrung wissen wir: Die Parteien sind Teil des Problems, nicht Teil der Lösung!

Unser Ziel für die Kommunalwahl am 15. März 2026 ist deshalb eindeutig: Eine Koalition der Vernunft mit Beteiligung der **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF**, welche die parteipolitische Willkür im Römer beendet, Bürgerinteressen endlich wieder glaubwürdig vertritt und die fast vier Jahrzehnte andauernde, ideologisch geprägte Dominanz der Grünen in der Stadtregierung endlich beendet.

Unser Programm für die Wahlperiode 2026–2031 steht für einen echten Neustart: Ein Frankfurt, das seinen Bürgern dient – ehrlich, glaubwürdig und realitätsnah.

Entscheiden Sie sich für eine starke Zukunft unserer Stadt – mit Ihrer Stimme für die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** am 15. März 2026!



Ihr

Mathias Pfeiffer

Vorsitzender

**BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF e.V.**

# BILDUNG

Frankfurt benötigt ein solides, ausreichend finanziertes und von ideologisch motivierten Experimenten freies Bildungssystem, in dem sich alle Kinder und Jugendlichen entsprechend ihren Begabungen und Fähigkeiten entwickeln können. Wir setzen uns daher für den Erhalt des mehrgliedrigen Schulsystems, bestehend aus Haupt-, Realschule und Gymnasium, ein. Den beruflichen Gymnasien und berufsbildenden Schulen ist von der Politik ein höherer Stellenwert beizumessen, das bewährte duale Ausbildungssystem muss gestärkt werden.

## BILDUNG BRAUCHT EINE GEEIGNETE UMGEBUNG

Die überstürzte Räumung der einsturzgefährdeten IGS Süd in Sachsenhausen im Sommer 2025, in der bereits wenige Monate zuvor die beiden oberen Etagen gesperrt werden mussten und das Gebäude mit 500 Stützpfeilern durchzogen war, ist nur der Gipfel der Schulbaumisere in Frankfurt. Das Ergebnis von 27 Jahren grüner Bildungspolitik in Frankfurt (1989–2016) sind marode Schulen sowie ein massiver Investitionsstau bei Sanierungen und Neubauten. Auch der seit 2016 verantwortlichen SPD-Bildungsdezernentin ist es in den letzten knapp 10 Jahren nicht gelungen, für mehr Struktur sowie Tempo beim Schulbau zu sorgen. Dabei hängt die erfolgreiche Vermittlung von Bildungsinhalten in entscheidendem Maße auch von der Qualität der Umgebung ab, in der diese vermittelt werden. Entsprechend der Feststellung des italienischen Erziehungswissenschaftlers Loris Malaguzzi (1920–1994), dass der Raum der dritte Pädagoge ist, muss dem von der Stadt Frankfurt verantworteten Schulbau endlich allerhöchste Priorität beigemessen werden. Das sind wir der Zukunft unserer Kinder und damit unserer Stadt schuldig.

## UNSERE POSITIONEN:

- Um eine zeitgemäße und innovative Bildungslandschaft in Frankfurt zu gewährleisten und endlich für die nötige Struktur sowie das erforderliche Tempo beim Schulbau zu sorgen, werden die Schulen aus dem städtischen Haushalt in einen kommunalen Eigenbetrieb „Schule“

ausgegliedert. Dieser erbringt zukünftig Planung, Bau, Einrichtung und Unterhaltung der städtischen Frankfurter Schulen. Durch eine konsequente Bündelung der Ressourcenverantwortung sowie die wirtschaftliche und organisatorische Selbständigkeit dieses Eigenbetriebs lassen sich zudem eine schlanke Organisation mit kurzen Wegen und einer ganzheitlichen und prozessorientierten Steuerung erzielen – bei hoher Kostentransparenz und daraus resultierender Wirtschaftlichkeit. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die in der städtischen ABG Holding bereits vorhandenen Kompetenzen im Bereich der Bauwirtschaft sowie deren Marktexpertise für die Aufgaben des Baus und der Unterhaltung der städtischen Schulen genutzt werden können.

- Die bedarfsgerechte Versorgung der Frankfurter Schüler mit allen Schulformen, und damit die uneingeschränkte Wahlfreiheit der Schulform, ist zu gewährleisten. Entsprechend notwendige Schulneubauten haben oberste Priorität.
- Schulsanierungen sind je nach Notwendigkeit zu priorisieren und entsprechend auszuführen.
- Um unsere Kinder und Lehrkräfte vor den zunehmenden Herausforderungen durch Hitzewellen zu schützen, fordern wir die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hitzeschutzkonzepts für alle Schulen und Kindertagesstätten in Frankfurt, sowohl im Bestand als auch im Neubau. Dieses Konzept soll Maßnahmen wie Sonnenschutz, die Installation von Klimaanlage oder alternativen Kühlungssystemen, die Begrünung von Schulhöfen sowie die Bereitstellung ausreichender Trinkwasserspender umfassen. Ziel ist es, auch an heißen Tagen gesunde und lernfördernde Bedingungen in unseren Kitas und Schulen zu gewährleisten. Die Stadt hat hier eine Fürsorgepflicht für unsere Kinder und Lehrer.
- Die Unterhaltung bestehender Schulen ist in einer Weise zu gewährleisten, dass diese sich jederzeit in einem baulich und hygienisch einwandfreien, optisch gepflegten Zustand befinden.

- Die bestehenden Frankfurter Schulschwimmbäder sind zügig zu sanieren und deren dauerhafter Betrieb zu gewährleisten. In Stadtteilen, die in unmittelbarer Nähe über keinen städtischen Bäderbetrieb verfügen, sind neue Schulschwimmbäder zu errichten.
- Berufliche Bildung in Frankfurt muss wieder attraktiver werden, denn sie ist ein zentraler Pfeiler für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und unserer Wirtschaft. Der Neubau des „Campus für berufliche Bildung“ im Stadtteil Rödelheim mit der Philipp-Holzmann-Schule und dem Berufsbildungs- und Technologiezentrum der Handwerkskammer ist daher ebenso zügig zu realisieren wie der Berufsschulcampus für die beruflichen Schulen im Frankfurter Westen, wo die Neubauten für die Ludwig-Erhard-Schule und die Paul-Ehrlich-Schule entstehen sollen.
- In Anbetracht des hohen und weiter steigenden Anteils von Kindern und Jugendlichen mit familiärer Einwanderungsgeschichte aus kulturfremden Regionen, muss die Vermittlung sittlicher, kultureller und geistiger Werte der Aufnahmegesellschaft mehr Bedeutung als bisher erhalten.
- Inklusion im schulischen Bereich soll nur dort stattfinden, wo die entsprechenden individuellen, personellen

und technischen Voraussetzungen ausreichend sowie nachhaltig gegeben sind. Das bewährte System der Förderschulen ist zu erhalten und betroffenen Eltern sowie Schülern weiterhin die Wahlmöglichkeit zu gewähren.

- In allen Stadtteilen ist die Zurverfügungstellung einer bedarfsgerechten Anzahl an Kindergarten-, Hort- und Betreuungsplätzen sicherzustellen. Dabei ist auch der Bereich der Kindertagespflege kontinuierlich auszubauen.
- Durch die Einrichtung eines Betriebskindergartens der Stadt Frankfurt, der sich in zentraler Lage, idealerweise in unmittelbarer Nähe zum Rathaus Römer befindet, wird städtischen Mitarbeitern ein Betreuungsplatz für deren Kinder in Arbeitsplatznähe angeboten. Damit erhöht die Stadt nicht nur ihre Attraktivität für Mitarbeiter, sondern leistet als Kommune einen konkreten Beitrag dazu, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, der für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr besteht, zu erfüllen.
- Bei der Planung von neuen Stadtquartieren sind die für zukünftige Bewohner notwendigen Bildungseinrichtungen sowie Kindergärten, Horte und Betreuungseinrichtungen von vorneherein mitzudenken.

## DIGITALISIERUNG UND BÜRGERFREUNDLICHE VERWALTUNG

Mit dem Internet-Knoten DE-CIX als eine der weltweit wichtigsten Schaltzentralen des World Wide Web, kann Frankfurt mit Fug und Recht als das digitale Herz Europas bezeichnet werden. Dieser Standortvorteil hat unserer Stadt Wohlstand und Arbeitsplätze gebracht und ist ein wichtiger Pfeiler unserer Zukunftsfähigkeit. Doch dieses Wachstum darf nicht ungesteuert und auf Kosten der Lebensqualität sowie unserer natürlichen Ressourcen geschehen. Der immense Flächen- und Energieverbrauch neuer Rechenzentren stellt uns vor gewaltige Herausforderungen, die nur in der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu lösen sind. Eine Politik, die hier

nur auf kurzfristige Gewerbesteuereinnahmen schielt, handelt kurzsichtig und schadet der Stadt langfristig.

### FRANKFURT UNKOMPLIZIERT

Für unsere Stadt als eine der führenden Wirtschafts- und Digitalmetropolen Europas ist es ein Armutszeugnis, dass die städtische Verwaltung in vielen Bereichen noch immer im analogen Zeitalter feststeckt. Lange Wartezeiten in den Bürgerämtern, komplizierte Antragsverfahren und unnötige Behördengänge sind für die Frankfur-

ter ein ständiges Ärgernis. Gerade für junge Menschen, die mit digitalen Diensten aufgewachsen sind, ist dieser Zustand schlicht inakzeptabel. Eine moderne und bürgerfreundliche Stadt muss ihre Dienstleistungen so anbieten, wie ihre Bewohner es im Alltag gewohnt sind: einfach und schnell, analog und digital.

#### UNSERE POSITIONEN:

- Unsere Stadt ist in ihrer Fläche begrenzt, daher ist der Digitalstandort zukünftig in der Metropolregion FrankfurtRheinMain zu denken und auf der Basis interkommunaler Zusammenarbeit intelligent und nachhaltig weiterzuentwickeln. Das bedeutet: Eine Chance für die ganze Region und eine Entlastung für Frankfurt.
- Neu zu errichtende Rechenzentren müssen strenge Energieeffizienzkriterien erfüllen. Ferner muss die Nutzung der entstehenden Abwärme für die Versorgung umliegender Wohn- und Gewerbegebiete sichergestellt werden.
- Der Glasfaser-Ausbau in der gesamten Region, etwa durch die Teilnahme am Projekt „Gigabitregion FRM 2025“ des Regionalverbands FrankfurtRheinMain, muss mit höchster Priorität vorangetrieben werden.
- Parallel dazu ist der flächendeckende Ausbau des Glasfasernetzes in Frankfurt für jedes Unternehmen und jeden Haushalt, auch in den Randlagen unserer Stadt, mit höchster Priorität umzusetzen.
- Der Ausbau eines kostenlosen und leistungsstarken öffentlichen WLAN-Netzes in Frankfurt an allen zentralen Plätzen, in Parks und im öffentlichen Nahverkehr muss schneller vorangehen.
- Die Verwaltungsabläufe bei der Stadt Frankfurt und ihren städtischen Gesellschaften sind konsequent zu digitalisieren, sowohl intern als auch extern. Die Investition in eine moderne IT-Infrastruktur ist hierzu unerlässlich.
- Primäres Ziel ist die Realisierung des „digitalen Bürgeramtes“ in Form eines zentralen Online-Portals, über das alle gängigen Anliegen – von der An- und Ummeldung des Wohnsitzes bis zur Beantragung eines Bewohnerparkausweises – sicher und unkompliziert von zuhause aus erledigt werden können.
- Sämtliche Webseiten, Online-Dienste und Formulare der Stadtverwaltung sowie städtischer Betriebe und Gesellschaften müssen für alle zugänglich sein und den jeweils geltenden Richtlinien für barrierefreie, digitale Angebote entsprechen.
- Zudem muss jede Kommunikation mit der Stadtverwaltung sowie städtischen Unternehmen, wie der Wohnungsbaugesellschaft ABG oder dem Energieversorger Mainova, auch in Zukunft analog – per Brief, Telefon oder vor Ort – beibehalten werden. Ein digitaler Zugang darf nicht zur Voraussetzung werden, da nicht alle Bürger über Smartphones oder E-Mail-Adressen verfügen. Inklusion und Barrierefreiheit stehen hier im Vordergrund.
- Lange Wartezeiten bei der Online-Terminvergabe, etwa in Bürgerämtern, bei der Kfz-Zulassung oder im Frankfurt Immigration Office, sind inakzeptabel. Durch den Einsatz zusätzlichen Personals und optimierte Abläufe werden wir schnelle, reibungslose und bürgerfreundliche Prozesse sicherstellen.
- Städtische Ämter mit Publikumsverkehr sollen zu festgelegten Sprechzeiten auch ohne vorherige Online-Terminbuchung zugänglich sein. Ebenso müssen städtische Gesellschaften, insbesondere die Wohnungsbaugesellschaft ABG und der Energieversorger Mainova, jederzeit persönliche Beratung und Betreuung vor Ort anbieten, um eine serviceorientierte und bürgernahe Verwaltung zu gewährleisten.
- Die Kommunikation der Stadtverwaltung und städtischer Unternehmen soll klar, verständlich und den amtlichen Rechtschreibregeln entsprechend erfolgen. Auf Genderzeichen wie Sternchen oder Doppelpunkte wird verzichtet, um eine einheitliche, einfache und barrierefreie Sprache zu gewährleisten, die alle Bürger anspricht und Verwaltungsprozesse vereinfacht.

# FAMILIEN-, JUGEND- UND SENIORENPOLITIK

Jugend und Alter sind zwei Stationen menschlichen Lebens mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Interessen. Frankfurt beheimatet in Folge seiner wachsenden Bevölkerung immer mehr junge wie auch ältere und alte Menschen. Für beide Altersgruppen soll unsere Stadt gute Lebensbedingungen bieten. Das ist nicht alleine eine Frage finanzieller Möglichkeiten, sondern auch des gegenseitigen Respekts und Verständnisses.

## FAMILIEN UND VIEL MEHR

Natürliches Bindeglied zwischen den Generationen ist nach wie vor die Familie, diese ist daher bei der Erfüllung ihrer zentralen Aufgaben seitens der Politik maßgeblich zu unterstützen. Aber auch die Gestaltung außerfamiliärer Generationenbeziehungen kann und darf in einer Großstadt wie Frankfurt – mit einem Anteil von 48 Prozent Single-Haushalten – nicht vernachlässigt werden.

## UNSERE POSITIONEN:

- Bereits seit dem Jahr 2013 besteht auch in Hessen ein Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder Kindertagespflege. Ungeachtet dessen kommt es in Frankfurt bei der Versorgung mit Kita-Plätzen immer wieder zu Engpässen. Diesen Missstand gilt es zu beseitigen und eine ausreichende Zahl an Betreuungsplätzen in allen Stadtteilen bereitzustellen.
- Die Öffnungszeiten für Krippen, Kindergärten und Horte sind besser auf die Bedürfnisse der berufstätigen Eltern abzustimmen.
- Die Anzahl der Betreuungsplätze in der Kindertagespflege ist kontinuierlich auszubauen. Dafür sind seitens der Stadt wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die für die beruflich in der Kindertagespflege engagierten Personen existenzsichernd sind. Denn diese Betreuungsplätze sind nicht nur im Vergleich zur Betreuung in Einrichtungen deutlich günstiger, auch der Platzausbau ist in diesem Bereich erheblich schneller realisierbar, da

die Betreuung zuhause in bereits bestehenden Immobilien erfolgen kann. Die flexible Betreuung ist ein weiterer Vorteil der Kindertagespflege, mit der insbesondere der Bedarf in Nacht- und Randzeiten besser abgedeckt werden kann. Hinzu kommen die wichtigen Aspekte der Integration und Inklusion, die in einer Kleingruppe der Kindertagespflege häufig besser gelingen können als in einer Kita mit wechselnden Bezugspersonen und mehr Kindern.

- Die pädagogische Qualität der Ganztagsbetreuung in den Frankfurter Grundschulen und Grundstufen ist fortlaufend weiterzuentwickeln. Zudem sind die Betreuungszeiten ebenso flexibel zu gestalten wie die Abholzeiten, um auch hier den Bedürfnissen berufstätiger Eltern gerecht zu werden.
- Kinder und junge Menschen brauchen Freiräume zum Spielen und Erproben von Fähigkeiten jeder Art. Darauf muss bei weiterer Verdichtung der Wohnbereiche Rücksicht genommen werden. Die Raumnutzung für Kinder und Jugendliche ist deshalb systematisch in die Stadtplanung einzubeziehen.
- Aufgrund des hohen und steigenden Anteils von Kindern und Jugendlichen mit familiärer Einwanderungsgeschichte muss die Vermittlung gewachsener sittlicher und geistiger Werte mehr Bedeutung als bislang erhalten. Diesem Ziel werden alle von der Stadt betriebenen bzw. geförderten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit verbindlich und nachprüfbar verpflichtet.
- Für arbeitslose oder noch nicht ausbildungsfähige Jugendliche und junge Menschen bis 26 Jahren macht die Stadt in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Stellen sowie Bund und Land Beschäftigungs- bzw. Qualifizierungsangebote, deren Wahrnehmung verpflichtend ist. Dabei werden individuelle Fähigkeiten und Neigungen berücksichtigt, gute Leistungen können zusätzlich honoriert werden. Das soll den Selbstwert der jungen Menschen und Mut zur eigenen Leistung aktivieren und stärken.

- In Anbetracht der demografischen Entwicklung muss der Bau seniorengerechter Wohnungen weitaus stärker als bislang gefördert werden.
- Gleiches gilt für die Förderung von Mehrgenerationenwohnen, da durch das Zusammenleben mehrerer Generationen alle auf unterschiedliche Weise profitieren und ein gegenseitiges Verständnis bei Jung und Alt geschaffen wird.
- Pflege in vertrauter Umgebung soll Vorrang haben. Ein engmaschiges, dezentral in den Stadtteilen verankertes Versorgungssystem für hilfs- und pflegebedürftige Senioren in der eigenen Wohnung muss menschlich und finanziell Priorität in der städtischen Sozialpolitik erhalten, damit möglichst niemand im Alter sein gewohntes Umfeld verlassen muss.
- Die Unterstützungsangebote der Stadt Frankfurt für pflegende Angehörige, die oft an ihre physischen und psychischen Grenzen stoßen, sind kontinuierlich auszubauen, etwa durch ehrenamtliche Helfer und Besuchsdienste, die Förderung von Selbsthilfegruppen sowie durch den Aufbau einer Pflegeplatzbörse, in der aktuelle Versorgungsmöglichkeiten transparent dargestellt werden.
- Frankfurt als soziale Stadt beendet die Benachteiligung von Rentnern bei der Eintrittspreisregelung der städtischen Museen, der Bäderbetriebe sowie des Palmengartens und nimmt diese Personengruppe in den Kreis der zu ermäßigten Eintrittspreisen Berechtigten auf, um deren Teilhabe am kulturellen, sportlichen und gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt auch weiterhin sicherzustellen. Rentner leiden sehr viel mehr als andere Personengruppen unter den hohen Preissteigerungen, die gerade in der jüngeren Vergangenheit das Leben exorbitant verteuert haben. Miete, Energie, Lebensmittel, Mobilität – alles ist teurer geworden. Bei dem in Deutschland – im Vergleich zu benachbarten Ländern – ohnehin niedrigen Rentenniveau und den seit Jahren weit hinter den Preissteigerungen zurückbleibenden Rentenanpassungen können sich viele Rentner die hohen Eintrittspreise für einen Besuch von Museen, Schwimmbädern oder dem Palmengarten nicht mehr leisten.
- Die Stadt Frankfurt setzt sich beim Rhein-Main-Verkehrsverbund RMV dafür ein, dass für Senioren zukünftig auch ermäßigte Einzelfahrten und Tagestickets im Stadtgebiet von Frankfurt (Tarifgebiet 5000) angeboten werden. Dies lässt sich problemlos umsetzen, indem Senioren (65plus) preislich mit Kindern von 6 bis 14 Jahren gleichgestellt werden. Derzeit wird lediglich ein Seniorenticket Hessen als Monats- oder Jahreskarte angeboten, was jedoch an den Bedürfnissen vieler älterer Menschen vorbeigeht, die den ÖPNV nur selten nutzen.
- Die zuletzt im Jahr 2016 beschlossene Festsetzung der Aufwandsentschädigungen für Kinderbeauftragte in Höhe von monatlich 205 Euro soll zukünftig aus Gründen der Gerechtigkeit auch für Mitglieder des Seniorenbeirates Anwendung finden. Durch die derzeit geltende Regelung werden letztere diskriminiert, was nicht hinnehmbar ist, zumal der Aufwand für beide Tätigkeiten in etwa vergleichbar ist. Die derzeit gewährte Aufwandsentschädigung in Höhe von 118 Euro jährlich deckt im Regelfall nicht einmal die im Rahmen der Ausübung ihres Ehrenamtes anfallenden Fahrtkosten der Mitglieder des Seniorenbeirates. Diese Form der offensichtlichen Altersdiskriminierung bei der Entschädigung von ehrenamtlich Tätigen durch die Stadt Frankfurt ist nicht hinnehmbar.

# HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK

Nachdem sich die Verschuldung der Stadt im Jahr 2024 noch auf gut 3 Milliarden Euro belief, steuert Frankfurt nach der derzeitigen Finanzplanung des grün-rot-gelb-violetten Magistrats auf einen historischen Schuldenberg in Höhe von etwa 5 Milliarden Euro im Jahr 2027 zu. Dies bedeutet einen Anstieg der Gesamtverschuldung um 67 Prozent in nur drei Jahren. Damit gerät die finanzielle Handlungsfähigkeit unserer Stadt in allergrößte Gefahr.

## MISSBRAUCH WIRKSAM VERHINDERN

Obwohl die desaströse Finanzlage der Stadt es erfordert, den leichtfertigen Umgang mit dem Geld der Steuerzahler zu beenden, fehlt es sowohl dem derzeitigen Magistrat als auch den etablierten Parteien am dafür notwendigen politischen Willen. So wurden etwa die Schwachstellen bei der Kontrolle der Gewährung von städtischen Fördermitteln, die bereits in der letzten Wahlperiode durch die skandalösen Vorgänge beim Sozialkonzern Arbeiterwohlfahrt (AWO) aufgedeckt wurden, bis heute nicht beseitigt.

Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** bekennen sich zu Frankfurt als sozialer Stadt. Doch kann diese soziale Stadt nur Bestand haben, wenn sie auch bezahlbar bleibt und dem Missbrauch von städtischen Finanzen und der Verschwendung von Steuergeld zukünftig konsequent ein Riegel vorgeschoben wird.

## UNSERE POSITIONEN:

- Ein ausgeglichener städtischer Haushalt ist notwendiger denn je. Es ist daher unverzichtbare Aufgabe der Politik, endlich den Haushaltsgrundsatz der Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit anzuwenden und die Ausgaben mit den Einnahmen der Stadt in Einklang zu bringen.
- Zukünftige Haushalte der Stadt Frankfurt sind so frühzeitig aufzustellen, dass sie endlich wieder den Grundsatz der Vorherigkeit erfüllen. Eine vorläufige Haushaltsführung, die zu Lasten von Empfängern städtischer Zuschüsse geht und neue Investitionen sowie Projekte verhindert, ist nicht hinnehmbar.
- Die nach der Kommunalwahl 2021 von Grünen, SPD, FDP und Volt vorgenommene Ausweitung des hauptamtlichen Magistrats um zwei Dezernenten wird rückgängig gemacht. Angestrebt wird eine Obergrenze von acht statt bislang elf Dezernaten neben dem Oberbürgermeister. Über Kosteneinsparungen hinaus trägt diese Maßnahme auch zu einer Effizienzsteigerung in der Verwaltung der Stadt Frankfurt bei.
- Die bislang vom Magistrat und den regierenden Parteien in Frankfurt selbstgesetzten Luxus-Standards bei Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen sind auf das nötige Maß zu reduzieren.
- Sämtliche bislang an Organisationen, Vereine und Stiftungen gewährte städtische Fördermittel und Leistungen sind insbesondere daraufhin zu überprüfen, inwieweit diese aus rein ideologischen Gründen oder im Rahmen einer Klientelpolitik gewährt wurden.
- Es hat das Prinzip „Wer bestellt, bezahlt“ zu gelten. Deshalb müssen der Bund und das Land Hessen bei der Übertragung von neuen bzw. zusätzlichen Aufgaben an die Stadt Frankfurt für den jeweils notwendigen finanziellen Ausgleich sorgen.
- Alle mit der Unterbringung und dem Aufenthalt von Asylbewerbern in Frankfurt verbundenen Kosten müssen vollumfänglich vom Bund und/oder Land getragen werden. Dafür setzt sich die Stadt bei den entsprechenden Stellen ein; notfalls auch mit juristischen Mitteln.
- Die vom Land Hessen Ende 2024 eingeführte Zahlkarte für Geflüchtete wird in Frankfurt verbindlich umgesetzt. Eine Unterminierung dieses wichtigen Instruments zur Begrenzung irregulärer Migration, z.B. durch Tauschaktionen, über welche die Bargeldbegrenzung für Asylsuchende umgangen werden soll, ist konsequent zu unterbinden.
- Die Höhe der städtischen Zuschüsse für die freien Träger im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich sowie im Drogen-, Gesundheits-, Kultur- und Frauenbereich sind vollständig neu zu berechnen. Dies erfolgt zukünftig nach

der Methode des „Open Book Accounting“ – unsere Anti-Verschwendungs-Garantie. Dabei werden die freien Träger dazu verpflichtet, ihre Kosten und Kalkulation gegenüber der Stadt Frankfurt offenzulegen und damit ihren Beitrag für Klarheit und Fairness bei der Vergabe der städtischen Zuschüsse zu leisten.

- Seitens der Stadt werden verbindliche Förderrichtlinien beschlossen. Die städtischen Zuwendungsregelungen werden konkretisiert und insbesondere Mehrfachförderungen ausgeschlossen.
- Das Revisionsamt der Stadt Frankfurt wird politisch, personell und materiell so gestärkt, dass es insbesondere die effektive Kontrolle der Gewährung sowie der zweckmäßigen Verwendung städtischer Fördermittel umfassend sicherstellen kann.
- Der stümperhafte Umgang mit städtischen Immobilien, die entweder im Leerstand seit Jahren verfallen (wie z.B. das Oberforsthaus in Niederrad, der Paradieshof in

Sachsenhausen oder das ehemalige Verwaltungsgebäude am Waldfriedhof in Oberrad) muss beendet werden. Gleiches gilt für Gebäude, welche die Stadt quasi mietfrei linksextremen „Initiativen“ überlassen hat, die zum Teil sogar unter Beobachtung des Landesamts für Verfassungsschutz stehen (das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeldstraße 5, das „Café Exzess“ in der Leipziger Straße 91 sowie die seit gut 40 Jahren rechtswidrig besetzte Immobilie „In der Au 14–16“). Die im Eigentum der Stadt befindlichen Liegenschaften sind umgehend einer wirtschaftlich sinnvollen Nutzung zuzuführen.

- Der seit 2015 währende Leerstand im historischen Ratskeller im Rathaus Römer ist ebenfalls umgehend zu beenden und das Objekt wieder einer öffentlichen gastronomischen Nutzung zuzuführen, woraus langfristige Einnahmen durch Vermietung bzw. Verpachtung für die Stadt Frankfurt resultieren.
- Keine Erhöhung von städtisch erhobenen Steuern, Gebühren und Abgaben zu Lasten der Bürger.

## INKLUSION

**Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen. Frankfurt muss diesem Anspruch in seiner gesamten kommunalen Verantwortung gerecht werden – in der Verwaltung, in der Stadtplanung und über sämtliche durch die Stadt gesteuerte oder mitverantwortete Organisationen hinweg.**

Unser Ziel ist es, dass Frankfurt zu einer Stadt wird, in der Inklusion kein Ausnahmefall, sondern kommunaler Standard ist – für alle Menschen, in allen Stadtteilen, zu jeder Zeit.

### UNSERE POSITIONEN:

- Die Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft (FBAG) wird zukünftig verbindlich, systematisch und frühzeitig an allen Planungsprozessen beteiligt, die Auswirkungen auf Menschen mit Behinderung haben. Dies gilt für

sämtliche Ämter und städtischen Gremien sowie für alle städtischen Beteiligungen, Stiftungen und Eigenbetriebe. Barrierefreiheit wird dabei verbindliche Planungsgrundlage bei baulichen, digitalen, kommunikativen und organisatorischen Vorhaben.

- Öffentliche Toiletten in Frankfurt müssen barrierefrei sein. Bei Planung und Bau sind die Bedürfnisse behinderter Menschen durch ausreichend Platz, Haltegriffe und leicht zugängliche Eingänge zu berücksichtigen.
- Alle von der Stadt Frankfurt oder ihren Gesellschaften veranstalteten oder geförderten Großveranstaltungen, wie z. B. Dippemess, Museumsuferfest, Opernplatzfest, Wäldchestag, Weihnachtsmarkt etc.) werden zukünftig barrierefrei ausgestattet. Dabei sind insbesondere behindertengerechte Toilettenanlagen sowie Zugangs- und Verbindungsrampen vorzusehen, die sicher mit Rollstuhl, Rollator und Kinderwagen befahrbar sind.

- Für gemeinnützige Vereine, Stadtteilinitiativen und lokale Veranstalter stellt die Stadt Frankfurt auf Anfrage mobile Rampen, behindertengerechte Toilettenanlagen und Infomaterialien kostenlos oder gefördert zur Verfügung.
- Umzusetzen ist nicht nur eine flächendeckende bauliche Barrierefreiheit in unserer Stadt, insbesondere in öffentlichen Gebäuden und im ÖPNV, sondern auch die digitale Barrierefreiheit. Sämtliche Webseiten, Online-Dienste und Formulare der Stadtverwaltung sowie städtischer Betriebe und Gesellschaften müssen deshalb für alle zugänglich sein und den jeweils geltenden Richtlinien für barrierefreie digitale Angebote entsprechen.
- Jegliche Kommunikation der Bürger mit der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben und Gesellschaften, wie z.B. der Wohnungsbaugesellschaft ABG oder

dem Energieversorger Mainova) muss auch in Zukunft analog möglich sein. Denn der digitale Zugang setzt ein Smartphone und/oder eine E-Mail-Adresse voraus – beides steht nach wie vor bei weitem nicht allen Menschen zur Verfügung.

- Die Inklusion in Frankfurt wird durch eine benutzerfreundliche, digitale Lösung gefördert, die die Barrierefreiheit in Frankfurt transparent macht und Menschen mit Behinderungen, Senioren oder Familien mit Kindern die Navigation in der Stadt erleichtert. Das kann z.B. durch eine Frankfurt-App als zentrale Plattform erfolgen, die Echtzeitinformationen über die Barrierefreiheit von öffentlichen und privaten Orten in Frankfurt bereitstellt. Sie ermöglicht Nutzern, barrierefreie Einrichtungen wie Toiletten, Aufzüge, Rampen oder taktile Leitsysteme zu finden und Barrieren zu melden.

## INTEGRATION

In Frankfurt leben Menschen aus über 180 Nationen zusammen, der Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund beläuft sich aktuell auf 57 Prozent. Diese Tatsachen sind sowohl mit Chancen als auch mit Herausforderungen verbunden. Denn für ein gutes gemeinschaftliches Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien, Kulturen und Religionen muss jedem Auseinanderdriften oder Gegeneinander entschieden entgegengetreten werden.

Der richtige Weg dafür ist immer noch gelingende Integration. Daher halten wir **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** unverändert und unbeirrt an der Ablehnung des 2010 gegen unsere Stimmen von Schwarz-Grün verabschiedeten „Vielfalt“-Konzepts fest. Denn gerade für die immer internationaler gewordene Stadt Frankfurt kann es ohne glückende Integration keine gute und sichere Zukunft geben.

### UNSERE POSITIONEN:

- Integration ist das allmähliche, sich individuell unterschiedlich vollziehende, freiwillige Hineinwachsen zugewanderter Menschen in den deutschen Lebens- und Kul-

turkreis. Denn trotz der Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahre ist und bleibt Frankfurt eine Stadt mitten in Deutschland. Unser Prinzip dabei ist klar: Fördern und Fordern.

- Die Interessen, Bedürfnisse und das Selbstverständnis der historisch gewachsenen deutschen Aufnahmegesellschaft Frankfurts sind zu respektieren und zu schützen. Das bedeutet jedoch keinesfalls, dass deshalb jemand seine eigene nationale und kulturelle Identität verleugnen oder weniger wertschätzen muss.
- Wer andere nachhaltig und erfolgreich integrieren will, bedarf selbst einer positiven Identität. Die positiven Seiten der Geschichte und Kultur Frankfurts und Deutschlands werden deshalb künftig in der Politik, Erziehung, Bildung und im öffentlichen Leben der Stadt weitaus stärker als bisher in den Mittelpunkt gestellt, ohne dabei die negativen Seiten zu ignorieren oder gar zu leugnen.

- Die seit der Grenzöffnung im Herbst 2015 durch die Bundesregierung praktizierte Asyl- und Einwanderungspolitik wird von uns nicht unterstützt. Vielmehr fordern

wir eine umgehende Rückkehr zu Recht, Gesetz, internationalen Vereinbarungen und einer politischen Vernunftethik mit allen notwendigen Grenzziehungen.

- Kommunale Initiativen zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge, die das für Frankfurt aufzunehmende Kontingent des Quotensystems für die Erstverteilung von Asylbegehrenden („Königsteiner Schlüssel“) überschreiten, lehnen wir grundsätzlich ab.
- Projekte und Initiativen, welche die von fundamentalistischen Muslimen propagierte und ausgelebte Geschlechtertrennung nicht nur befördern, sondern sich dieser auch selbst unterwerfen, laufen dem Gedanken der Integration sowie der grundgesetzlich verankerten Gleichberechtigung von Mann und Frau diametral zuwider. Hier

verteidigen wir die unantastbaren Werte der Aufklärung und der Gleichberechtigung. Die finanzielle Förderung solcher integrationsfeindlicher und integrationshemmender Projekte und Initiativen durch die Stadt Frankfurt ist daher umgehend einzustellen.

- Die seit 1993 im Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA) angesiedelte Ombudsstelle Antidiskriminierung fungiert künftig als Beschwerde- und Schlichtungsstelle in Form einer eigenständigen Behörde in der Stadtverwaltung. Diese hat die Sicherstellung und – soweit möglich – Durchsetzung der gleichberechtigten Behandlung aller in Frankfurt lebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zur Aufgabe.

## KLEINGÄRTEN, FREIZEIT- UND FREIE GÄRTEN

Kleingärten sind ein Stück Freiheit und Lebensqualität und damit unverzichtbarer Bestandteil unserer Stadt. Dabei bieten sie nicht nur Raum für Erholung und Entspannung, sondern leisten auch einen aktiven Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung. Kinder lernen hier unmittelbar, dass Lebensmittel nicht aus der Verpackung stammen, sondern Pflege, Arbeit und Verantwortung erfordern. Darüber hinaus sind Kleingärten ein wichtiger Hotspot der Biodiversität: Sie reinigen die Luft von Feinstaub, kühlen das Stadtklima ab und produzieren lebenswichtigen Sauerstoff. In Frankfurt sind Kleingärten weder in ausreichender Zahl noch Fläche vorhanden.

### GRÜNE INSELN FÖRDERN DAS MITEINANDER

Freizeit- und freie Gärten leisten ebenfalls einen wertvollen Beitrag zur Erholung, zur ökologischen Vielfalt und zur Ernährungssicherheit. Sie sind gleichfalls schützenswert und als Teil der Frankfurter Erholungs- und Versorgungsstruktur zu betrachten. Gemeinschaftsgärten können in dicht bebauten Stadtteilen eine Bereicherung darstellen. Sie schaffen grüne Inseln, verbessern das

Mikroklima und fördern das Miteinander. Als moderne Form des urbanen Schulgartens können sie Inspiration, Umweltbildung und Bürgerengagement stärken, aber niemals Kleingärten ersetzen.

### UNSERE POSITIONEN:

- Um den Fortbestand unserer Kleingartenanlagen in Frankfurt langfristig zu garantieren, ist deren Absicherung durch entsprechende Bebauungspläne erforderlich, die einen klaren rechtlichen Rahmen für ihren Schutz und ihre Nutzung als Grün- und Erholungsflächen schaffen.
- In Stadtteilen mit geringer Kleingartendichte wird die Umsetzung neuer Flächen geprüft.
- Bestehende Kleingartenanlagen werden als Teil der Grundversorgung konsequent geschützt.
- Um den wachsenden Bedarf in unserer Stadtgesellschaft zu decken, wird die Ausweisung neuer Freizeit- und freier Gartenflächen angestrebt.

- Gemeinschaftsgärten stellen eine sinnvolle Ergänzung zu Kleingärten, Freizeit- und freien Gärten dar, können aber niemals die bewährten Strukturen ersetzen, die durch 112 Kleingartenvereine mit ihren rund 16.000 Mitgliedern in Frankfurt bestehen. Letztere sind daher bei der Konzeption und Schaffung neuer Gemeinschaftsgärten, wo immer möglich, einzubeziehen.
- Die Verantwortung für die Pflege und Bewirtschaftung von neu zu schaffenden Gemeinschaftsgärten muss im Vorfeld langfristig durch verlässliche Strukturen gesichert werden und darf nicht bei wechselnden Initiativen verbleiben. Gemeinschaftsgärten als romantisierte Marketingprojekte ohne nachhaltiges Konzept lehnen wir ab.

## KOMMUNALE DEMOKRATIE UND BÜRGERBETEILIGUNG

Der Zustand der städtischen Demokratie ist in vielerlei Beziehung schlecht, die Macht der Bundesparteien und ihrer Frankfurter Filialen ist zu groß. Diese Machtposition wird dazu missbraucht, ein Netz von Einflussnahme und Abhängigkeiten quer durch fast alle Bereiche der Stadt zu spinnen. Der AWO-Skandal, in den sowohl CDU, SPD als auch GRÜNE in Frankfurt mit mindestens jeweils einer Personalie verstrickt waren, ist hierfür ein trauriges Beispiel.

### MEINUNG MUSS WIEDER ATMEN KÖNNEN!

Immer wieder zeigt sich, wie wenig repräsentativ die Mehrheitsmeinung von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung zu manch politischer Fragestellung in Frankfurt ist. Hier ist etwa die fehlgeleitete und rein ideologiegetriebene Verkehrspolitik anzuführen, die völlig an den Bedürfnissen der Menschen in unserer Stadt vorbeigeht, vom Pendler im Stau bis hin zum Handwerker auf Parkplatzsuche. Zudem werden immer häufiger Versuche unternommen, politisch missliebige oder abseitige Meinungsbekundungen in Form von Kundgebungen oder kulturellen Veranstaltungen in unserer Stadt zu unterbinden. Dies gilt es zu ändern.

### UNSERE POSITIONEN:

- Der Zustand der städtischen Demokratie ist in vielerlei Beziehung schlecht, die Macht der Bundesparteien und ihrer Frankfurter Filialen ist zu groß. Diese Machtposition wird dazu missbraucht, ein Netz von Einflussnahme und Abhängigkeiten quer durch fast alle Bereiche der Stadt zu spinnen. Der AWO-Skandal, in den sowohl CDU, SPD als auch GRÜNE in Frankfurt mit mindestens jeweils einer Personalie verstrickt waren, ist hierfür ein trauriges Beispiel.
- Die Verantwortung für die Pflege und Bewirtschaftung von neu zu schaffenden Gemeinschaftsgärten muss im Vorfeld langfristig durch verlässliche Strukturen gesichert werden und darf nicht bei wechselnden Initiativen verbleiben. Gemeinschaftsgärten als romantisierte Marketingprojekte ohne nachhaltiges Konzept lehnen wir ab.
- Das „Haus der Demokratie“ lehnen wir in der geplanten Form ab. Wir brauchen keine mit Kosten in Höhe von mindestens 75 Millionen Euro verbundene Einrichtung, in der die Demokratie museal zur ewigen Ruhe gebettet wird, sondern vielmehr eine lebendige, alltäglich in der gesamten Stadt gelebte Demokratie, die offen ist für echte Bürgerbeteiligung. Stattdessen fordern wir, die Paulskirche im Rahmen ihrer anstehenden Generalsanierung als Symbol der deutschen Demokratie aufzuwerten. Dabei soll insbesondere das demokratische Moment der Nationalversammlung von 1848/49 erfahrbar gemacht werden.
- Zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements als Rückgrat unserer Gesellschaft ist bei der Stadtverwaltung eine zentral verantwortliche Stelle zu schaffen. Denn kommunale Demokratie lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die unsere Stadt im Sinne des Gemeinwohls mitgestalten. Dabei leistet das Ehrenamt einen unverzichtbaren Beitrag zu einer starken Bürgergesellschaft und stabilen demokratischen Strukturen. Diese Strukturen gilt es über eine gezielte Engagementförderung in Frankfurt weiter auszubauen und zu stärken.
- Frankfurt muss wieder zu einer Metropole eines toleranten Klimas von Meinungsvielfalt und kulturellem Pluralismus werden. Einschränkungen der Versammlungs-, Meinungs-, Presse- und Kunstfreiheit sind nur dann hinnehmbar, wenn strafrechtlich relevantes Handeln vorliegt. Es muss Schluss sein mit der Verbotskultur für Versammlungen und kulturelle Veranstaltungen. Auch abseitige Meinungsäußerungen und Kunstbetätigungen müssen ertragen werden, solange diese sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen.

- Die fortschreitende Digitalisierung und der zunehmende Einsatz Künstlicher Intelligenz (KI) verändern unsere Gesellschaft tiefgreifend. Diese Entwicklungen bieten enorme Chancen, bergen jedoch auch Risiken, die kritisches Denken, Empathie und demokratische Teilhabe gefährden können. Unser Ziel ist es, die Bürger unserer Stadt zu selbstbestimmten, mündigen Akteuren zu machen, die in der Lage sind, Informationen kritisch zu prüfen, empathisch zu handeln und die Mechanismen digitaler Technologien zu hinterfragen. Anstatt vorgegebene Denkmuster oder Narrative zu fördern, setzen wir auf Bildung, Transparenz und offene Diskussion, um eine lebendige Demokratie zu schaffen, die auf Eigenverantwortung und Vielfalt beruht.
  - Kommunale Demokratieprojekte sollen nicht vorschreiben, was Bürger denken oder sagen dürfen, sondern sie dazu ermächtigen, selbstständig zu urteilen und aktiv an der Gestaltung unserer Stadt teilzunehmen.
  - Jegliche Möglichkeit direkter Demokratie soll bei wichtigen Fragen kommunaler Politik ausgeweitet und genutzt werden. Deshalb ist bei Bund und Land darauf hinzuwirken, dass die Einleitung von Bürgerbegehren erleichtert und die Gültigkeit von Bürgerentscheiden mit deutlich niedrigeren Hürden ermöglicht wird.
  - Seit 2016 kann die Stadtverordnetenversammlung anstelle einer eigenen Entscheidung die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen, das sogenannte „Vertreterbegehren“. Von dieser Möglichkeit ist bei für unsere Stadt bedeutenden Zukunftsentscheidungen zukünftig Gebrauch zu machen und somit den Bürgern die Beschlussfassung unmittelbar zu übertragen.
  - Der faktisch in der Stadtverordnetenversammlung und zum Teil auch in den Ortsbeiräten herrschende Fraktionszwang muss beendet werden. Diesbezüglich ist eine öffentliche Selbstverpflichtung der Mandatsträger ebenso anzustreben wie eine Verankerung in der Geschäftsordnung der jeweiligen Gremien.
  - Die Zahl der Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung, die zur Wahlperiode 2021 auf zwölf erhöht wurde, wird wieder auf zehn reduziert, um die Arbeitsabläufe und Entscheidungsprozesse effizienter zu gestalten. Dabei soll sich der Zuschnitt der fachlichen Zuständigkeiten der Ausschüsse idealerweise an dem der Dezernate orientieren.
  - Der für die Aufgabe der Integration zuständige Ausschuss wird dementsprechend benannt. Der in der letzten Wahlperiode eingeführte ideologische Kampfbegriff „Diversität“ in der Ausschussbezeichnung wird nicht weiter verwendet.
  - Die Bürgerfragestunde in den Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung wird in allen Fachausschüssen gleichermaßen strukturiert, so dass das jeweilige Prozedere für die anwesenden Bürger einheitlich und somit leicht verständlich sowie gut nachvollziehbar ist.
  - Seitens der Stadtverordneten sind künftig ebenfalls Fragen an die Dezernenten zu aktuellen kommunalpolitischen Themen und Entwicklungen erlaubt – auch dann, wenn von den Dezernenten nicht zu diesen berichtet wurde.
  - Beschlüsse und Anfragen der Ortsbeiratsgremien sind innerhalb der bereits bestehenden 3-Monats-Frist durch den Magistrat abschließend umzusetzen bzw. zu beantworten.
  - Der Ortsbezirk 6 mit seinen neun westlichen Stadtteilen Goldstein, Griesheim, Höchst, Nied, Schwanheim, Sindlingen, Sossenheim, Unterliederbach, und Zeilsheim gleicht nach Einwohnerzahl und Fläche einer mittleren hessischen Großstadt. Trotzdem wird er von der Stadtpolitik seit Jahren vernachlässigt, Investitionen in Infrastruktur, Sicherheit und soziale Einrichtungen bleiben aus. Während Prestigeprojekte in der Innenstadt Priorität genießen, fühlen sich die Menschen im Frankfurter Westen im Stich gelassen.
- Um den westlichen Stadtteilen künftig mehr Bedeutung beizumessen, sind dort regelmäßig Bürgerversammlungen durchzuführen, wie sie gemäß § 8a Hessische Gemeindeordnung (HGO) zur Unterrichtung der Bürger mindestens einmal jährlich vorgesehen sind. Zudem ist eine Neuaufteilung der betreffenden neun Stadtteile in mindestens zwei Ortsbezirke zu prüfen und anzustreben.
- In den Aufsichtsratsgremien der städtischen Gesellschaften und Beteiligungen müssen zukünftig auch Mitglieder aller Oppositionsfractionen vertreten sein, die mehr als fünf Stadtverordnete haben.

# KULTUR, FREIZEIT UND SPORT

Frankfurts Wirtschafts- und Steuerkraft hat bislang die Finanzierung einer großen Zahl von Institutionen für Kunst und Kultur in unserer Stadt ermöglicht. Etliche davon genießen national wie international besten Ruf. Doch wie es um die Kultur in Frankfurt tatsächlich bestellt ist, kommt nicht nur in der Qualität hochsubventionierter Spitzeninstitutionen zum Ausdruck. Deshalb sind Förderung und Pflege der sogenannten Alltagskultur Grundvoraussetzungen für das Verständnis von Kultur und das Bedürfnis nach dieser in all ihren Ausprägungen.

## RENOVIEREN UND NEU BAUEN

Drei bedeutende Kulturinstitutionen in unserer Stadt stehen aktuell vor besonderen Herausforderungen und bedürfen in den nächsten Jahren Investitionen in erheblichem Umfang, um deren Zukunftsfähigkeit zu sichern: Oper, Schauspiel und Zoologischer Garten.

Die marode Doppelanlage der Städtischen Bühnen am Willy-Brandt-Platz ist nicht mehr zu sanieren und muss durch einen Neubau für Oper und Schauspiel ersetzt werden. Die Kostenschätzungen hierfür belaufen sich derzeit auf gut 1,3 Milliarden Euro zuzüglich Grundstückskosten. Der Zoologische Garten ist ebenfalls „prekär marode“, die Tieranlagen sind zum großen Teil veraltet, 14 der 25 Anlagen sind älter als 50 Jahre, das Flusspferd- und Nashornhaus ist knapp 150 Jahre alt. Eine Umsetzung des bereits vorliegenden Konzepts „Zookunft 2030+“ wird in den nächsten Jahren Investitionen in Höhe von etwa 70 Millionen, wenn nicht gar bis zu 120 Millionen Euro, erfordern.

## UNSERE POSITIONEN:

- Einen Neubau des Schauspielhauses auf dem Grundstück Neue Mainzer Straße 47–55 und die vom derzeitigen Magistrat bevorzugte „umgekehrte Kulturmeile“ lehnen wir ab. Ein Standort, an dem das Schauspielhaus wie ein Schuhkarton zwischen Hochhäuser gepresst werden soll, wird der kulturellen Bedeutung ebenso wenig gerecht wie seiner gesellschaftlichen und politischen Rolle. Die

Gewährung eines Erbbaurechts für 99 Jahre durch die Grundstückseigentümer, Helaba und Frankfurter Sparkasse, an die Stadt Frankfurt, welches von dieser durch eine Einmalzahlung in Höhe von 210 Millionen Euro abgegolten werden soll, halten wir ebenfalls für den falschen Weg und werden diesen daher nicht weiter verfolgen.

- Schauspiel und Kammerspiel bleiben am derzeitigen Standort am Willy-Brandt-Platz. Unter Nutzung der noch vorhandenen historischen Gebäudesubstanz von 1902 wird das historische Schauspielhaus dort äußerlich originalgetreu wiederaufgebaut. In seinem Inneren wird es nach dem Stand der heutigen Technik sowie den Anforderungen von Mitarbeitern und Publikum gestaltet, um allen Anforderungen an ein modernes Theater gerecht zu werden. Die Kosten für dieses Theaterhaus als Symbiose aus Tradition und Moderne dürfen dabei die eines Neubaus mit modernistischer Fassadengestaltung nicht übersteigen. Seitens der Stadt Frankfurt ist zeitnah ein Finanzierungskonzept zu erarbeiten und vorzulegen. Dabei ist insbesondere eine Kostenbeteiligung von Bund, Land sowie privaten und institutionellen Förderern anzustreben.
- Der Neubau der Oper soll in zeitgenössischer, also „moderner“ Architektur an einem repräsentativen, möglichst verkehrsgünstigen Standort in der Innenstadt erfolgen. Dazu hatten wir bereits im Jahr 2023 vorgeschlagen, das Ex-Karstadt-Areal an der Zeil als mögliche Option einer vertieften Prüfung zu unterziehen und seitens der Stadt entsprechende Gespräche mit den Eigentümern der betreffenden Liegenschaften aufzunehmen. Dies muss jetzt zeitnah erfolgen, ebenso die ergebnisoffene Prüfung von weiteren Standortalternativen. Da die Oper einen sehr hohen Besucheranteil aus dem Umland aufweist und die Stadt Frankfurt in den nächsten Jahren auch anderweitig hohe Investitionen tätigen muss, sollen die Kosten für Neubau und Unterhalt der Oper zu mindestens 75 % von Bund, Land sowie privaten und institutionellen Förderern getragen werden.
- Die Etablierung eines städtischen Kinder- und Jugendtheaters im Zoo-Gesellschaftshaus lehnen wir aus Kos-

tengründen ab. Stattdessen ist die städtische Kulturförderung für bereits bestehende Theaterprojekte der freien Szene, die sich an Kinder und Jugendliche richten, wie z.B. das Papageno Musiktheater am Palmengarten, deutlich zu verstärken.

- Das „Theater in der Engelsburg“ im Stadtteil Sindlingen wird zukünftig im Rahmen der städtischen Kulturförderung finanziell unterstützt und in die institutionelle Förderung aufgenommen. Mit der Entwicklung einer eigenen Kinder- und Jugendtheatersparte sowie einer entsprechenden Schwerpunktsetzung stellt das Theater ein kulturelles Leuchtturmprojekt nicht nur für den Stadtteil, sondern für den gesamten Frankfurter Westen dar, das künftig als soziokulturelles Zentrum in der Region wirken möchte.
- Der Zoologische Garten ist die mit Abstand beliebteste und auch meistbesuchte Kultur-, Freizeit- und Naturbildungseinrichtung in unserer Stadt. Die Zukunftsfähigkeit des Zoos kann über die Sicherstellung seiner künftigen Attraktivität für die Besucher sowie einer zeitgemäßen, artgerechten Tierhaltung gewährleistet werden. Daher müssen die hierfür notwendigen Investitionen Vorrang in der städtischen Finanzplanung haben. Unseren Einsatz dafür betrachten wir daher auch in der nächsten Wahlperiode als kulturpolitische Priorität.
- Der – obwohl im Stadtteil Bockenheim gelegen – als „Ginnheimer Spargel“ bezeichnete Fernmeldeturm ist endlich wieder der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dabei ist vorrangig zu prüfen, inwieweit der bereits vom Bund für diese Maßnahme zugesagte, jedoch bis Ende 2025 befristete Zuschuss in Höhe von 25 Millionen Euro noch gesichert werden kann. Die entsprechenden Planungen sind unverzüglich aufzunehmen. In diesem Rahmen soll auch untersucht werden, inwieweit nach dem Vorbild der finnischen Stadt Tampere auf dem umliegenden Gelände ein Freizeitpark geschaffen werden kann, in dem der Fernmeldeturm die Hauptattraktion darstellt.
- Der Bestand von Stadtteilbibliotheken, Heimatmuseen sowie kulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen soll erhalten bleiben und vorrangig gefördert werden, ebenso die wertvolle Arbeit der Heimat- und Geschichtsvereine.

- Das im November 2024 in einem Akt von politischem Vandalismus zerstörte Bismarck-Denkmal in der Rudolf-Schäfer-Anlage im Stadtteil Höchst ist unverzüglich zu restaurieren und an seinem ursprünglichen Standort wieder aufzustellen. In diesem Zuge soll das von den Bürgern der damals zur Provinz Hessen-Nassau gehörenden Kreisstadt Höchst gestiftete und 1899 enthüllte Denkmal mit Objektinformationen versehen werden, die neben den historischen und kulturwissenschaftlichen Mindestangaben einen QR-Code beinhalten, über den Interessierte weitergehende Informationen abrufen können. Damit wird das deutliche Signal ausgesandt, das Gewalt und Vandalismus als Formen der politischen Auseinandersetzung inakzeptabel sind.
- Frankfurt soll sich als Goethestadt durch die Wiederaufnahme der „Römerberg-Festspiele“, die vor dem Zweiten Weltkrieg jährlich veranstaltet wurden, kulturell weiter profilieren. Unsere Stadt erhält damit ein sommerliches Festspiel-Ereignis von internationalem Rang.
- Die Vielzahl der Filmfestivals ist – in Abstimmung zwischen der Stadt Frankfurt und den Veranstaltern – unter einem Dach zu vereinen. Das „Filmfestival Frankfurt“ und seine Open-Air-Veranstaltungen finden im gesamten Stadtgebiet statt.
- Die Stadt Frankfurt strebt die Konzeption und Errichtung eines zentralen Gebäudes für die freie Kulturszene an, in dem verschiedene Künstler und Kulturschaffende aller Sparten eine Heimat finden können.
- Die großen Frankfurter Volksfeste, wie die Dippemess, das Mainfest, der Wäldchestag und der Frankfurter Weihnachtsmarkt sind mehr als nur saisonale Großveranstaltungen, sondern wesentlicher Bestandteil der Alltagskultur in unserer Stadt. Dabei übernehmen sie gerade in einer internationalen Metropole wie Frankfurt eine wichtige Rolle bei der Stiftung von Identität, sozialer Teilhabe sowie der Vermittlung und Bewahrung von lokalem Brauchtum. Die Stadt Frankfurt muss daher die Bewahrung dieser Feste durch geeignete Maßnahmen sichern, insbesondere durch eine verstärkte finanzielle Unterstützung und den Abbau bürokratischer Hürden für unsere Schausteller.

- Wir unterstützen die Forderung des Schaustellerhandwerks nach einer Anerkennung unserer Volksfeste als immaterielles Kulturerbe im Sinne der UNESCO-Konvention.
- Unser größtes und ältestes Volksfest, die zweimal jährlich stattfindende Dippemess, ist seit 1968 auf dem Festplatz am Ratsweg beheimatet und dort muss sie auch bleiben! Die Verlegung dieses Volksfestes an einen anderen Standort, wie sie vom derzeitigen Magistrat für den Neubau der Europäischen Schule Frankfurt in Erwägung gezogen wird, lehnen wir aufgrund einer möglichen Existenzgefährdung für die Dippemess und ihre Schausteller entschieden ab.
- Die lebendige Tradition der Straßen-, Stadtteil- und Vereinsfeste in unserer Stadt muss erhalten bleiben und darf nicht den gestiegenen Anforderungen für Sicherheit und Logistik zum Opfer fallen, wie dies bereits in der jüngeren Vergangenheit geschehen ist. Die Stadt Frankfurt muss daher den Veranstaltern entsprechende Finanzmittel und Ressourcen, wie etwa mobile Fahrzeugsperrungen, zur Verfügung stellen, damit diese Feste auch in Zukunft stattfinden können. Insbesondere die Kosten für eventuell erforderliche Umleitungen, auch für den ÖPNV, dürfen zukünftig nicht mehr den Vereinen aufgebürdet werden. Zur Absicherung solcher nichtkommerziellen Feste und Veranstaltungen unserer Vereine ist daher ein auskömmliches Budget im städtischen Haushalt langfristig bereitzustellen.
- Dem generationsübergreifenden und ehrenamtlichen Engagement der Frankfurter Sportvereine im Bereich des Breitensports wird im Rahmen der Gewährung von städtischen Fördermitteln angemessen Rechnung getragen. Die Stadt Frankfurt unterstützt die Vereine darüber hinaus auch im nichtmonetären Bereich, etwa durch die Beratung bei der Standortsuche für neue Sportstätten oder bei der Sanierung und Erweiterung bereits bestehender Sportanlagen.
- Die Nutzungsmöglichkeiten der Schulturnhallen für die Frankfurter Sportvereine werden weiter ausgebaut und optimiert.
- Jedes Kind in Frankfurt soll schwimmen lernen. Dafür ist der Schwimmunterricht als fester Bestandteil des Sportunterrichts ab der 2. Klasse zu verankern. In enger Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Schulamt und den Bäderbetrieben sind die dafür notwendigen personellen und logistischen Voraussetzungen zu schaffen. Die Stadt Frankfurt stellt ausreichende Kapazitäten in Schulschwimmbädern bereit und prüft Kooperationen mit Sportvereinen und privaten Schwimmschulen, um das Angebot zu ergänzen. Durch eine gezielte Informationskampagne mit Veranstaltungen und Flyern in Schulen werden Eltern über die Bedeutung der Schwimmfähigkeit für die Sicherheit und Gesundheit ihrer Kinder aufgeklärt.

# MOBILITÄT UND VERKEHRSPLANUNG

Die im Sommer 2019 von der damaligen Koalition aus CDU, SPD und GRÜNE verabschiedete Zielsetzung einer „Fahrradstadt Frankfurt am Main“ basiert auf dem realitätsfernen Dogma einer kleinen, lautstarken Minderheit und ist weder zukunftsweisend noch in der Lage, die Herausforderungen des städtischen Gesamtverkehrs auch nur im Ansatz zu bewältigen. Vielmehr wurden mit der Beschreitung dieses verkehrspolitischen Irrwegs zusätzliche Konflikte und Probleme geschaffen, unter denen unsere Stadt jetzt massiv leidet.

## INTEGRIERTE VERKEHRSPLANUNG STATT UNÜBERLEGTE EXPERIMENTE

Rein parteipolitisch oder von einer Verkehrsmittel-Lobby motivierte Eingriffe in das Verkehrssystem, wie sie unter Federführung eines grünen Verkehrsdezernenten seit dem Jahr 2021 gang und gäbe sind, darf es in unserer Stadt zukünftig nicht mehr geben.

Wir werden diese fehlgeleitete Politik ab Tag eins beenden und eine integrierte Verkehrsplanung erstellen lassen, die die Mobilitätsbedürfnisse von Anwohnern, Beschäftigten, des Wirtschaftsverkehrs sowie des Einzelhandels gleichermaßen berücksichtigt und auf verkehrsträgerübergreifenden Konzepten beruht. Dabei muss die Verkehrspolitik auch diejenigen Bürger aus dem Umland im Blick haben, die in unserer Stadt arbeiten oder als Besucher die Kultur- und Freizeitangebote nutzen und damit zur Wertschöpfung und Vitalität der Metropole Frankfurt beitragen.

## MOBILITÄT: GERECHT UND NACHHALTIG

Nur ein verkehrsträgerübergreifendes Mobilitäts- und Logistikkonzept wird – auf der Basis empirischer Forschung und unter Einbeziehung der Digitalisierung – den zukünftigen Anforderungen des Stadtverkehrs in der Metropole Frankfurt gerecht und ist damit auch wirklich nachhaltig.

## DER FLUGHAFEN: INTERESSENAUSGLEICH ZWISCHEN GESUNDHEIT UND WIRTSCHAFT

Der Frankfurter Flughafen ist Deutschlands zentrales Luftverkehrsdrehkreuz und stellt einen signifikanten Wirtschaftsfaktor dar. Damit ist er auch Jobmotor in der Region und Arbeitsplatz für tausende Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt.

Seit ihrer Gründung im Jahr 1994 haben die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** den weiteren Ausbau des stadtnahen Flughafens abgelehnt und alternative Konzepte vorgelegt, die jedoch keine politische Mehrheit fanden und somit nicht umgesetzt wurden. Wir erkennen die wirtschaftliche Bedeutung des Flughafens für Frankfurt und die Region an, sind uns jedoch gleichfalls der gesundheitlichen Belastungen durch Fluglärm und Ultrafeinstaub bewusst.

Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** werden deshalb in der Wahlperiode 2026–2031 die weitere Entwicklung am Frankfurter Flughafen sorgfältig beobachten und – wie bereits in der Vergangenheit – für einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Gesundheitsschutz und wirtschaftlichen Anforderungen eintreten.

## UNSERE KONKRETEN FORDERUNGEN:

- Der im Mai 2025 von der damaligen Koalition aus Grünen, SPD, FDP und Volt verabschiedete Masterplan Mobilität, der den Geist des Hasses auf das Auto atmet, wird vollständig überarbeitet, so dass er die freie Wahl des Verkehrsmittels und damit gerechte Mobilität für alle in Frankfurt ermöglicht.
- Die Hauptverkehrsachsen unserer Stadt, wie Bockenheimer Landstraße, Eschersheimer Landstraße, Hanauer Landstraße, Mainzer Landstraße oder der Anlagenring, sind für den Autoverkehr leistungsfähig zu erhalten beziehungsweise wieder zu ertüchtigen. Es darf dort weder zu einer Reduzierung von Fahrspuren für Kraftfahrzeuge noch zu einer Geschwindigkeitsbegrenzung auf Tempo 30 kommen.

- Bereits an Hauptverkehrsstraßen eingerichtete Radverkehrsanlagen sind auf deren Auswirkungen für den Verkehrsfluss, auf die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer sowie für den ruhenden Verkehr hin zu überprüfen. Nötigenfalls sind entsprechende Korrekturen vorzunehmen oder diese zurückzubauen und durch den Ausbau fahrradfreundlicher Nebenstraßen zu ersetzen.
- Die dauerhafte Sperrung des nördlichen Mainkais für den Autoverkehr und seine Entwidmung als öffentliche Straße lehnen wir entschieden ab, da dieser eine wichtige Verkehrsader für die Ost-West-Verbindung darstellt. Gleichfalls ist die zuletzt regelmäßig durchgeführte temporäre Sperrung des Mainkais in den hessischen Sommerferien umgehend abzuschaffen und soll zukünftig nicht mehr erfolgen.
- Die vom derzeitigen Magistrat geplante Kappung der Taunusstraße vor dem Hauptbahnhof lehnen wir ebenfalls ab. Die Durchfahrt für Kraftfahrzeuge durch die Taunusstraße von West nach Ost, also vom Anlagenring zum Hauptbahnhof, muss erhalten bleiben.
- Wir geben die Gehwege wieder den Fußgängern zurück und unterbinden deshalb die Vermietung von E-Scootern im Stadtgebiet von Frankfurt. Paris hat es im September 2023 vorgemacht, als erste deutsche Stadt ist Gelsenkirchen diesem Beispiel gefolgt und hat durch entsprechende Auflagen erreicht, dass sich die Anbieter von Miet-E-Scootern aus dem Markt zurückgezogen haben. Da Miet-E-Scooter hauptsächlich missbräuchlich genutzt werden, insbesondere in Fußgängerzonen und auf Gehwegen, häufig auch durch mehrere Personen gleichzeitig oder solche, die das vorgeschriebene Mindestalter noch nicht erreicht haben, ist deren Verbannung aus unserer Stadt unumgänglich, um endlich wieder Sicherheit für Fußgänger herzustellen. Unsachgemäß abgestellte E-Scooter stellen zudem insbesondere für Sehbehinderte und bewegungseingeschränkte Menschen ein Hindernis und Gefahrenpotential dar. Die private Nutzung von E-Scootern bleibt erlaubt, wobei die Einhaltung der Verkehrsregeln konsequent eingefordert und überwacht wird.
- Für Mietfahrräder wird das bisher in Frankfurt praktizierte „Free-Floating-System“ durch die Einführung eines stationsgebundenen Systems abgelöst, damit wild auf Gehsteigen abgestellte bzw. umgefallene Mietfahrräder endlich der Vergangenheit angehören und die Sicherheit für Fußgänger sich in unserer Stadt wieder deutlich erhöht.
- Für Passanten muss es endlich wieder möglich sein, gefahrlos und unbeschwert in den Fußgängerzonen unserer Stadt flanieren zu können. Das immer rücksichtslosere und aggressive Verhalten von Radfahrern, die sich kaum an das dort für sie geltende Schrittempo halten und damit eine Gefährdung der Fußgänger billigend in Kauf nehmen, muss zur Konsequenz haben, dass das Fahrradfahren in Fußgängerzonen zukünftig generell nicht mehr gestattet wird.
- Die Einhaltung der verkehrsrechtlichen Vorschriften durch Fahrradfahrer wird zukünftig im gesamten Stadtgebiet konsequent eingefordert und flächendeckend kontrolliert. Hierzu wird eine Einsatzgruppe „Fahrradkontrolle“ bei der Städtischen Verkehrspolizei geschaffen. Nur so ist bei weiter zunehmendem Radverkehr sichergestellt, dass zukünftig wieder alle Bürger sicher und gleichberechtigt in Frankfurt am Verkehr teilnehmen können.
- Die im Oeder Weg und Grüneburgweg erfolgten Umgestaltungsmaßnahmen zur „Fahrradstraße“, einschließlich aller errichteten Zufahrtssperren für Kraftfahrzeuge, werden umgehend rückgängig gemacht, ebenso die im Holzhausenviertel errichteten Diagonalsperren. Nach Herstellung des ursprünglichen Zustands werden unter Einbeziehung aller betroffenen Bürger, einschließlich der umliegenden Stadtviertel, zukunftsfähige und ganzheitliche Verkehrskonzepte für den Oeder Weg und den Grüneburgweg sowie die angrenzenden Quartiere entwickelt, die die Bedürfnisse von Anwohnern, Geschäftsleuten und aller Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Fahrrad-, Autofahrer, ÖPNV-Nutzer) gleichermaßen berücksichtigen.
- Die Freigabe von Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung ist im gesamten Stadtgebiet grundsätzlich zu überprüfen und zukünftig nur noch dort zu gestatten, wo eine ausreichende Begegnungsbreite bei Fahrverkehr auch für Lastenfahrräder gewährleistet ist.
- Straßenbaumaßnahmen in unserer Stadt müssen zukünftig durch ein modernes Baustellenmanagement so

gestaltet und koordiniert werden, dass der Verkehrsfluss und die Lebensqualität so wenig wie möglich beeinträchtigt werden. Dies erfordert eine optimierte Planung für beschleunigte Bauzeiten, klare Terminvorgaben sowie eine bessere Koordination der Baustellen untereinander, um Überschneidungen und die Anhäufung von Straßensperrungen bzw. Umleitungen zu vermeiden.

- Die zum 1. Januar 2024 erfolgte drastische Erhöhung der Gebühren für den Bewohnerparkausweis von 50 Euro auf 240 Euro für zwei Jahre bzw. von 25 Euro auf 120 Euro für ein Jahr wird rückgängig gemacht. Zudem ist zukünftig dafür Sorge zu tragen, dass eine kontinuierliche Überwachung des ruhenden Verkehrs in den betreffenden Regelungsbereichen durch die Städtische Verkehrspolizei gewährleistet ist, damit die Parkchancen der Anwohner dort auch tatsächlich verbessert werden.
- Dass Frankfurt derzeit über kein Parkleitsystem verfügt, ist ein untragbarer Zustand und bezeichnend für das verkehrspolitische Versagen im Magistrat unserer Stadt. Es ist umgehend ein digitales Parkleitsystem einzurichten, das auf Echtzeitdaten basiert und es somit Autofahrern ermöglicht, unmittelbar das nächstgelegene freie Parkhaus anzusteuern, wodurch unnötiger Parksuchverkehr und lange Staus vor überfüllten Parkhäusern vermieden werden. Die Integration in eine Anwendung für Smartphones oder Navigationssysteme ist zu prüfen.
- Der öffentliche Personennahverkehr in Frankfurt muss zuverlässiger, pünktlicher, sicherer und sauberer werden, um dessen Attraktivität für die Nutzer zu erhöhen. Hierzu sind entsprechende Maßnahmen einzuleiten.
- Die stark vom motorisierten Individualverkehr frequentierte Mainzer Landstraße ist durch zusätzliche Angebote im öffentlichen Personennahverkehr sowie besser getaktete Buslinien zu entlasten.
- Um die Interessen der öffentlichen Verkehrsordnung im Stadtgebiet präventiv zu schützen, sind umgehend Mindestpreise für Mietwagenanbieter in Frankfurt gemäß §51a Personenbeförderungsgesetz (PBefG) festzulegen. Der Frankfurter Taxiverkehr dient den Interessen des Gemeinwohls, ist jedoch bereits massiv in seiner Existenz bedroht. Daher ist auf die vorherige Einholung eines Gutachtens zur Einführung von Mindestpreisen für Mietwagenanbieter zu verzichten und deren Festlegung anhand bereits vorliegender Daten sowie Erkenntnisse fundiert zu begründen.
- Die Streckenvarianten 1 und 2 der geplanten Regionaltangente Ost (RTO) lehnen wir aus ökologischen Gründen ab. Eine Umweltzerstörung des Enkheimer und Fechenheimer Walds sowie am Berger Hang ist ebenso wenig hinnehmbar wie eine 22 Meter hohe Eisenbahnbrücke über dem Riedbad und die Verschandelung des Stadtbilds von Bergen-Enkheim. Grundsätzlich stehen wir dem Projekt RTO positiv gegenüber, jedoch ist dieses mit einem Minimum an Kosten und Eingriffen für Mensch und Umwelt zu realisieren. Erreichen lässt sich dies beispielsweise durch eine weiter östlich verlaufende Streckenvariante, z. B. via Maintal Ost, Bruchköbel und Nidderau.
- Die Verlängerung der Stadtbahnlinie U4 nach Bergen, die dem Stadtteil Bergen-Enkheim bereits bei seiner Eingemeindung im Jahr 1977 im Grenzänderungsvertrag zugesagt wurde, muss priorisiert werden. Alternativ ist eine Revitalisierung der Straßenbahnverbindung nach Bergen, die im Jahr 1992 stillgelegt wurde, zu prüfen.
- Die nördlichen Stadtteile von Frankfurt, insbesondere Nieder-Erlenbach und Harheim, sind besser an den ÖPNV anzubinden. Dies kann durch dichtere Taktzeiten, schnellere Verbindungen, z. B. Expressbusse, sowie bessere Verknüpfungen mit Knotenpunkten wie Bad Homburg und dem Frankfurter Hauptbahnhof erfolgen.
- Der derzeit in Planung befindliche Lückenschluss der Stadtbahnlinie U4 zwischen Bockenheim und Ginnheim muss soweit als möglich unterirdisch erfolgen. Eine oberirdische Streckenführung parallel zur Rosa-Luxemburg-Straße (L3004), wie sie der jetzige Magistrat plant, lehnen wir grundsätzlich ab. Vielmehr fordern wir, dass die Stadt in Abstimmung mit Land und Bund prüft, inwieweit die derzeitige Hochstraße, die den Stadtteil Ginnheim zerschneidet, zwischen Miquelknoten und Niddapark zurückgebaut und ebenfalls in einen Tunnel verlegt werden kann.
- Die Möglichkeiten der Verlängerung von Frankfurter Stadtbahnlinien über die Stadtgrenzen hinaus ins Umland (z. B. Linie U4/U7 bis nach Bischofsheim) in Verbindung mit der Errichtung von Park-and-Ride-Park-

häusern an den jeweils neuen Endhaltestellen müssen zeitnah geprüft werden.

- Für eine Verlängerung der U-Bahn-Linie vom Südbahnhof zum Sachsenhäuser Berg sind zeitnah Planungsmittel in den städtischen Haushalt einzustellen. Im Rahmen dieser Planungen ist auch die Errichtung eines Park-and-Ride-Parkhauses an der neuen Endhaltestelle Sachsenhäuser Warte vorzusehen.
- Die Einhausung der A661 muss auch den Streckenabschnitt zwischen Friedberger Landstraße und Seckbacher Landstraße umfassen, also die Planvariante L1 realisiert werden, die eine Integration des Galeriebauwerks Seckbacher Landstraße beinhaltet. Die Ausführung der kürzeren Variante L2 lehnen wir ab.
- Die im Jahr 2008 innerhalb des Frankfurter Autobahn-rings eingeführte Umweltzone wird ersatzlos aufgehoben, da die Luft in unserer Stadt deutlich sauberer geworden ist und die Emissionsgrenzwerte auch ohne diese Maßnahme sicher eingehalten werden können, zumal deren Wirkung nachweislich sehr gering ist.
- Den Main als Verkehrsader neu entdecken: Die Schaffung einer Verbindung des öffentlichen Personennahverkehrs auf dem Main in Form von Wassertaxis wurde in der Vergangenheit bereits mehrfach angeregt, jedoch nie ernsthaft geprüft. Damit verzichtet man möglicherweise auf eine sinnvolle Ergänzung des Verkehrsmittelmixes im Stadtgebiet von Frankfurt. Wassertaxis könnten die Attraktivität des ÖPNV steigern und die Fortbewegung zu Fuß sowie mit dem Fahrrad erheblich vereinfachen und beschleunigen. Zudem würden sie eine weitere Touristenattraktion darstellen und die Attraktivität unserer Stadt für Besucher erhöhen. Daher ist die Einführung von Wassertaxis auf dem Main endlich ergebnisoffen zu prüfen.
- Der Fortbestand des seit mittlerweile mehr als 400 Jahre bestehenden Fährbetriebs in Höchst ist zu sichern. Der Zuschuss der Stadt Frankfurt für den Betrieb der Höchster Mainfähre ist dementsprechend zu erhöhen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit der Fährbetrieb in das Liniennetz des regionalen öffentlichen Personennahverkehrs eingebunden und dessen Nutzung durch Inhaber eines

gültigen Tickets des RMV bzw. des Deutschlandtickets über eine pauschale Zahlung seitens des RMV an den Fährbetrieb abgegolten werden kann.

#### UNSERE VERKEHRSPOLITISCHEN GRUNDSÄTZE:

- Die Verkehrsplanung geht grundsätzlich immer vom schwächsten Verkehrsteilnehmer aus, dem Fußgänger. Insbesondere Rechnung zu tragen ist hierbei dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis von Kindern, Senioren, Blinden und Sehbehinderten sowie bewegungseingeschränkten Menschen.
- Die Daseinsfürsorge der Stadt Frankfurt bezieht sich auf das Mobilitätsbedürfnis ihrer Bürger und somit darauf, die Erfüllung dieses Bedürfnisses sicherzustellen – insbesondere im Hinblick darauf, dass Mobilität gleichbedeutend mit Teilhabe ist. Kommunale Daseinsvorsorge bedeutet nicht, hierfür einen speziellen Verkehrsträger (z.B. ÖPNV) vorzuhalten bzw. eine bestimmte Mobilitätsform (z.B. das Radfahren) bevorzugt zu fördern.
- Verkehr und Mobilität sind aufgrund gesellschaftlicher und technologischer Entwicklungen einem fundamentalen Wandel unterworfen. Im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsplanung ist diese daher so anzulegen, dass die kommunalen Verkehrssysteme flexibel anpassbar sind auf zukünftige Veränderungen, insbesondere im Hinblick auf immer kürzer werdende Innovationszyklen.
- Um den Flächenbedarf von Verkehrsflächen in unserer Stadt nachhaltig zu minimieren, soll der Einsatz innovativer und umweltfreundlicher Technologien geprüft werden. Ein Beispiel hierfür ist die „Trackless Tram“, eine nicht schienengebundene, barrierefreie Niederflur-Strassenbahn, die effiziente Mobilität bei reduziertem Platzverbrauch ermöglicht.
- Alle Mobilitätsformen werden in dem Sinne gleichberechtigt behandelt, dass jedem Verkehrsteilnehmer eine regelwerkskonforme Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung steht, die das für ihn jeweils maximal mögliche Maß an Verkehrssicherheit gewährleistet – unabhängig davon, ob er gerade als Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer oder mit dem ÖPNV unterwegs ist.

- Maßgeblich bei der Verkehrsplanung ist nicht, womit der Verkehrsteilnehmer an sein Ziel kommt, sondern wie – nämlich schnell und effizient. Hierbei steht die intelligente Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsmittel miteinander im Vordergrund. Das Prinzip der intermodalen bzw. multimodalen Mobilität ist durch die Möglichkeit des nahtlosen Umsteigens in Reihe zu gewährleisten.
- Die Verkehrsplanung muss zudem immer auch die Belange von Polizei, Feuerwehr- und Rettungsdiensten berücksichtigen. Eine ideologisch betriebene Verkehrspolitik, die das Durchkommen von Rettungsfahrzeugen erschwert und damit zu einer Verlängerung der Fahrzeiten bei Notfalleinsätzen führt, lehnen wir entschieden ab.
- Nachhaltige urbane Mobilität ist für alle Frankfurterinnen und Frankfurter auf lange Sicht von überragender Bedeutung. Daher muss die Verkehrsplanung und die Umsetzung der Ergebnisse mit einer möglichst breiten Bürgerbeteiligung erfolgen.
- Die Stadt Frankfurt am Main investiert in die Öffentlichkeitsarbeit zur Steigerung der Verkehrssicherheit in unserer Stadt. Ziel der Kampagne ist es, Unkenntnis und mangelnder Akzeptanz von Verkehrsregeln sowie rücksichtslosem Verhalten aller Verkehrsteilnehmer entgegenzuwirken (§1 STVO). Wichtige Verkehrsregeln sind mit entsprechenden Maßnahmen bekannter zu machen sowie ein achtsamer und respektvoller Umgang der Verkehrsteilnehmer untereinander zu fördern.
- Zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr verstärkt die Stadt Frankfurt massiv ihre Maßnahmen gegen regelwidriges und verkehrgefährdendes Verhalten aller Verkehrsteilnehmer. Hierzu zählen etwa Radfahrer und E-Scooter-Fahrer auf Gehwegen, Falschparker und Falschparkerinnen insbesondere auf Radwegen und Bürgersteigen wie auch Rotlichtverstöße aller Verkehrsteilnehmer. Hierzu wird u. a. die Präsenzzeit von Fahrradstreifen der Stadtpolizei im Stadtgebiet deutlich erhöht.
- Für den zügigen Ausbau der Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist – unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure – umgehend ein schlüssiges Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Der Rückstand von Frankfurt im Vergleich zu anderen deutschen Großstädten bei der Lade-Infrastruktur für E-Mobilität ist so nicht länger hinnehmbar.
- Der angestrebte Umstieg vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel erfordert einen leistungsfähigen und attraktiven ÖPNV, insbesondere im Bereich der schnellen S-Bahn-Verbindungen. Um diese Leistungsfähigkeit konstant gewährleisten zu können und auch für den zukünftig weiterhin zu erwartenden Anstieg der Fahrgastzahlen gerüstet zu sein, ist ein zweiter S-Bahn-Tunnel in Frankfurt unabdingbar.

# SAUBERKEIT

Frankfurt erlebt einen Niedergang, der sich immer schneller vollzieht und nicht mehr zu übersehen ist. Die Verwahrlosung von ganzen Stadtteilen nimmt zu, aber ein Gegensteuern der Verantwortlichen im grün-rot-gelb-violetten Magistrat ist nicht zu erkennen. Die CDU als größte Oppositionskraft im Stadtparlament ist schwach und unglaublich, da sie diese Entwicklung über viele Jahre mitbetrieben und verantwortet hat. Wir **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** sind nicht bereit, der immer weiter voranschreitenden Verwahrlosung von Frankfurt, die sich mittlerweile im gesamten Stadtgebiet beobachten lässt, tatenlos zuzusehen.

## FRANKFURT – ENDLICH WIEDER SAUBER UND ATTRAKTIV

Bedingt durch das erhebliche Wachstum der Einwohnerzahl müssen sich immer mehr Menschen den zur Verfügung stehenden öffentlichen Raum in unserer Stadt teilen. Auch wenn sich der überwiegende Teil achtsam verhält, gibt es leider eine wachsende Anzahl von Personen, die mit ihrem unachtsamen Verhalten und auch großer Rücksichtslosigkeit unserem Stadtbild schaden.

Dies gilt es zu ändern: Die Sauberkeit in allen Teilen der Stadt kann und muss verbessert werden. Hierzu bedarf es des Dreiklangs aus Bewusstseinschärfung, Sanktionierung und Kontrolle.

## UNSERE POSITIONEN:

- Sauberkeit stellt eine wichtige Lebensqualität mit positiver erzieherischer, sittlicher und gesundheitlicher Wirkung dar.
- Der Erziehung zum achtsamen und schonenden Umgang mit dem öffentlichen Raum wird künftig in den Kitas und Schulen erheblich mehr Bedeutung beigemessen. Diese erzieherische Maßnahme erfordert keine zusätzlichen Gelder, hat aber mittelfristig die Einsparung öffentlicher Finanzmittel zur Folge.
- Wo erforderlich, wird die Reinigungsfrequenz durch die FES deutlich erhöht, insbesondere an neuralgischen Punkten im Stadtgebiet, etwa dem Bahnhofsviertel, Alt-Sachsenhausen sowie in unseren Parks und Grünanlagen.
- Mit einer stadtweiten und großangelegten Reinigungsoffensive unter dem Motto „Frankfurt glänzt“ bringen wir direkt zu Beginn der neuen Wahlperiode unsere Stadt auf Vordermann und schaffen damit die Grundlage für ein dauerhaft sauberes Stadtbild. Unter der Leitung der Stadt Frankfurt arbeiten die Städtischen Entsorgungsbetriebe FES, professionelle Reinigungsfirmen und ehrenamtlich engagierte Bürger Hand in Hand. Dabei werden in allen Stadtteilen illegale Graffiti, Aufkleber, wilder Müll, herrenlose Fahrräder, Reste von Baustelleneinrichtungen und anderer Schmutz entfernt. Ziel ist eine nachhaltige Sauberkeit im gesamten Stadtgebiet, die im Anschluss an diese Großaktion durch gezielte Maßnahmen dauerhaft gesichert und aufrechterhalten wird.
- Die Strafen für ordnungswidrige Vergehen gegen die Sauberkeit im öffentlichen Raum werden drastisch erhöht; gezielte und kontinuierliche Kontrollen sind durchzuführen. Hierzu wird eine „Frankfurter Sauberkeitsstreife“ nach dem Vorbild der Hamburger „WasteWatcher+“ etabliert, die regelmäßige Patrouillengänge im Stadtgebiet von Frankfurt durchführt, Müllsünder direkt mit ihrem Fehlverhalten konfrontiert und dieses wirkungsvoll sanktioniert. Zudem halten die Mitarbeiter dieser Sauberkeitsstreife Ausschau nach wilden Müllablagerungen, Schrottfahrrädern, verwaisten Einkaufswagen etc. und sorgen dafür, dass diese durch die Stadtreinigung unverzüglich entfernt werden.
- Für die Sauberhaltung von Parks und Anlagen an den Wochenenden und Feiertagen wird eine mobile „Besen-truppe“ gebildet, die von aufmerksamen Bürgern über eine zentrale Rufnummer oder per SMS und WhatsApp über zu beseitigende Missstände informiert werden kann.
- Bürger, die sich aktiv an der Kontrolle und Information über die Sauberkeitssituation in Frankfurt beteiligen, etwa im Rahmen des Ehrenamts als „Sauberkeitspate“ bei der

FES, werden zukünftig mit Vergünstigungen bei der Benutzung öffentlicher städtischer Einrichtungen honoriert.

- Illegal angebrachte Graffitis sind mutwillige Verschmutzungen und Sachbeschädigungen, die nicht zu tolerieren, sondern zu sanktionieren sind. Im öffentlichen Raum ist deren umgehende Beseitigung zu veranlassen, um – entsprechend der „Broken-Windows-Theorie“ – weitere Verschmutzungen und Beschädigungen zu verhindern.
- Abfallbehälter im öffentlichen Raum müssen entsprechend großvolumig und „krähensicher“ gestaltet sein, um zu verhindern, dass Vögel den Müll durchstöbern und aus den Behältern herauszerren.
- Frankfurt braucht ein nachhaltiges Taubenmanagement, das Mensch und Tier gerecht wird. Dabei setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit der Stadt mit ehrenamtlichen Vereinen und Initiativen, etwa bei der Einrichtung und Betreuung von Taubenhäusern zur Populationskontrolle und der Versorgung verletzter Tauben. Solche Projekte

sind aus dem städtischen Haushalt ausreichend zu finanzieren und durch Ressourcen wie die Stabsstelle Sauberes Frankfurt oder das Veterinärwesen zu unterstützen, um das Tierwohl und die Sauberkeit im öffentlichen Raum zu fördern. Ein paralleles städtisches Taubenmanagement lehnen wir aus Kosten- und Effizienzgründen ab.

- Zur Sicherstellung einer hygienischen und sicheren Nutzung öffentlicher Freizeitflächen, insbesondere in Frankfurts Schwimmbädern, ist eine nachhaltige Reduzierung des Nilgansbestands notwendig. Nilgänse, als invasive Art, beeinträchtigen durch ihre Kotablagerungen die Wasserqualität, die Sauberkeit von Liegewiesen und die Aufenthaltsqualität in städtischen Grünanlagen und Bädern.
- Die jeweils zuständigen Ämter der Stadt Frankfurt nehmen wieder die kontinuierliche Schädlingsbekämpfung im öffentlichen Raum auf, um die Zunahme von Ratten sowie weiterem Ungeziefer im Stadtgebiet wirkungsvoll einzudämmen.

## SICHERHEIT UND ORDNUNG

Maximalen Schutz vor Kriminalität und jedweder politisch oder religiös motivierter Gewalt kann nur eine Stadt bieten, die sich dieser Gefahren bewusst ist und dementsprechend handelt. Daher ist die ausreichende Ausstattung Frankfurts mit Polizei- und Ordnungskräften für die Bürgerinnen und Bürger unerlässlich.

### FEINDBILD POLIZEI

Immer wichtiger ist dabei, dass allen Männern und Frauen, die für die Sicherheit in unserer Stadt arbeiten, der notwendige Respekt und die verdiente Wertschätzung entgegengebracht wird. Wer aus ideologischen Gründen ein „Feindbild Polizei“ propagiert oder gar praktiziert, handelt gegen die Interessen der großen Mehrheit der Menschen.

Ein funktionierendes Helfer-System, zu dem neben der Polizei auch Feuerwehr und Rettungskräfte zählen, ist für

das Zusammenleben in unserer Stadt unentbehrlich und damit positiv. Wir **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** stellen uns ohne Wenn und Aber hinter unsere Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten.

### UNSERE POSITIONEN:

- Im Rahmen einer Null-Toleranz-Strategie müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um den öffentlichen Raum in allen Zonen der Stadt jederzeit angstfrei begehbar und maximal sicher zu machen. So genannte „No-Go-Areas“ darf es in Frankfurt nicht geben.
- Um die gestiegenen Anforderungen an Sicherheit und Ordnung in Frankfurt zu erfüllen, werden die Stellen bei Stadtpolizei und Ordnungsamt aufgestockt. Mehr qualifiziertes Personal sorgt für Prävention, Bürgernähe und eine effektive Bewältigung der Aufgaben.

- Videoüberwachung ist ein Element der Sicherheitsarchitektur unserer Stadt. Sie ist kein Allheilmittel, doch ihre Anwendung ist angezeigt, wenn sie an gefahrgeneigten Orten zu einer Erhöhung der Sicherheit führt. Aus diesem Grund befürworten wir eine Videoüberwachung im Bahnhofsviertel sowie punktuell in der Innenstadt und in bestimmten Stadtteilen, etwa in Alt-Sachsenhausen. Im Hinblick auf den Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht ist die Videoüberwachung regelmäßig auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen.
- Deutlich zugenommen in den letzten Jahren haben Gewaltdelikte und der Einsatz von Messern. Die Einrichtung von Waffenverbotszonen kann in den mit diesen Delikten besonders belasteten Bereichen zu einer Verbesserung der Sicherheitslage beitragen. Wir begrüßen daher die Einrichtung einer Waffenverbotszone im Bahnhofsviertel und in Alt-Sachsenhausen. Die daraus resultierenden Ergebnisse sind auch hier in regelmäßigen Abständen zu bewerten.
- Der Magistrat ist aufgefordert, den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit vierteljährlich eine Übersicht aller Gewaltverbrechen im Stadtgebiet von Frankfurt vorzulegen, welche die möglichst vollständige Auflistung der betreffenden Delikte, des Tatorts und des Geschlechts, Alters, der Staatsbürgerschaft sowie – soweit bekannt – die ethnische Herkunft der Täter umfasst.
- Die Präsenz von Beamten der Landes- und Stadtpolizei muss kontinuierlich in allen Stadtteilen gewährleistet und sichtbar sein. Für das Bahnhofsviertel streben wir die Einrichtung einer mobilen Wache der Stadtpolizei am Karlsplatz an, die 24 Stunden am Tag an 7 Tagen in der Woche (24/7) besetzt ist und möglichst durch Kräfte der Landespolizei unterstützt bzw. verstärkt wird.
- Die offene Drogenszene im Bahnhofsviertel muss durch verstärkte Polizeipräsenz und härtere Repressalien gegen Straßendealer und deren Hintermänner zerschlagen werden. Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität für Bewohner, Gewerbetreibende sowie Besucher und Reisende ist dort endlich wiederherzustellen.
- Das Konzept der Konsumräume im Bahnhofsviertel ist kritisch zu prüfen und ein schlüssiges Konzept zu entwickeln, mit dem der offene Drogenkonsum im Bahnhofsviertel wirkungsvoll unterbunden wird. Ziel dabei muss es sein, Drogenabhängigen den Weg aus der Sucht und in eine Rehabilitation zu ermöglichen, um das dort von der Politik bislang geduldete und finanzierte „Biotop des Elends“ endlich zu durchbrechen. Dies setzt voraus, sie aus dem Milieu herauszuholen, anstatt dort deren Sucht auf Kosten der Steuerzahler zu verstetigen. Dabei ist insbesondere der Obdachlosigkeit von suchtkranken Menschen entgegenzuwirken. Entsprechende Wohnprojekte, die den Betroffenen Halt und Sicherheit gewähren, sind von der Stadt verstärkt zu fördern.
- Die Einrichtung des bereits von einer grün-rot-dunkelroten Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung bewilligten „Suchthilfezentrums“ für Crack-Abhängige in der Niddastraße 76 lehnen wir ab und setzen uns dafür ein, dass dieses Vorhaben gestoppt wird. Denn damit würde lediglich die Crack-Szene vom Bahnhofsviertel ins Gallus verlagert und zudem ein weiterer Pull-Faktor geschaffen, der noch mehr Drogenabhängige aus der gesamten Region anzieht. Auch für Drogendealer wäre die Konzentration von Konsumenten in einer solchen Einrichtung hochattraktiv – mit der Folge einer weiteren, massiven Ausweitung der Drogenszene in Frankfurt. Den Anwohnern in dem Quartier ist das nicht zuzumuten. Für die bereits von einer städtischen Entwicklungsgesellschaft erworbene Immobilie Niddastraße 76 schlagen wir stattdessen die Umnutzung zu Wohnraum für Auszubildende vor, der dringend in unserer Stadt benötigt wird.
- Die Zustände in der mittlerweile ganzjährig betriebenen Schlafunterkunft für Obdachlose in der B-Ebene der U-Bahnstation Eschenheimer Tor sind untragbar für Fahrgäste, Passanten, Anwohner und Gewerbetreibende. Um wieder Ordnung, Hygiene und Sicherheit in diesem stark frequentierten öffentlichen Bereich zu gewährleisten, ist diese umgehend an einen anderen, besser geeigneten Standort zu verlagern.
- Seitens der Stadt ist bei der Landespolizei darauf hinzuwirken, dass die Stadtteile Griesheim und Nied ihr eigenes Polizeirevier behalten bzw. wieder erhalten oder dort zumindest eine feste Polizeipräsenz in Form einer mobilen Wache eingerichtet wird, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken und mehr Polizeipräsenz vor Ort zu gewährleisten.

- Rechtsfreie Räume in unserer Stadt beenden: Illegal besetzte städtische Immobilien werden geräumt und einer wirtschaftlich sinnvollen Nutzung zugeführt. Dies gilt insbesondere für die nunmehr seit gut 40 Jahren von Linksautonomen besetzte Immobilie „In der Au 14–16“ in Rödelheim sowie für alle weiteren betroffenen Liegenschaften.
- Für zukünftige Fälle rechtswidriger Besetzungen muss der Magistrat eine klare Null-Toleranz-Strategie verfolgen und durch konsequentes Handeln sicherstellen, dass Rechtsbruch keine akzeptierte Norm wird. Nur durch eine klare und rechtsstaatliche Haltung kann die Stadt ihre Autorität wahren und das Vertrauen der Bürger in eine gerechte und sichere Stadtverwaltung stärken.
- Um die Stadt und ihre Bürger besser auf Krisen wie Naturkatastrophen, Stromausfälle, Pandemien oder kriegsrische Auseinandersetzungen vorzubereiten, ist der Zivilschutz in Frankfurt umfassend zu ertüchtigen. Hierzu zählen insbesondere die Modernisierung und der Ausbau von Schutzräumen sowie die Schaffung von neuen, dezentralen Notunterkünften in allen Stadtteilen, die mit Trinkwasser, Notstrom und Kommunikationsmitteln ausgestattet sind. Dies ist angesichts der veränderten Weltlage unerlässlich.
- Digitale Warnsysteme im Katastrophenfall – wie Warn-Apps – sind durch analoge Alarm- und Warnsysteme zu ergänzen. Die Sirenen sind daher flächendeckend in allen Stadtteilen wieder zu ertüchtigen und in Betrieb zu nehmen.
- Uniformierte Kräfte aller Blaulichtorganisationen erhalten kostenlose Fahrt im gesamten Frankfurter öffentlichen Personennahverkehr, um damit zu einem subjektiv besseren Sicherheitsgefühl aller Fahrgäste beizutragen.
- Gewalttätigen Übergriffen gegen Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten ist mit aller Härte zu begegnen. Dieses konsequente Vorgehen erfordert die volle Unterstützung seitens der Bürger, des Erziehungswesens, der Justiz und ganz besonders der Politik.
- Verwahrloste „Angsträume“ werden durch freundliche Neugestaltung optisch aufgewertet. Dies beinhaltet auch die Beseitigung illegaler Graffitis.
- Gegen organisiertes Betteln und Zwangsbetteln, bei dem in hierarchischen Gruppenstrukturen planmäßig wirtschaftlich oder sozial schwache Menschen oder auch Menschen mit Behinderung zielgerichtet zum Betteln eingesetzt und ausgenutzt werden, wobei sie das erbettelte Geld an die Organisatoren abgeben müssen, geht die Stadt Frankfurt zukünftig konsequent vor. Um die dafür notwendige Rechtsgrundlage zu schaffen, ist die städtische Gefahrenabwehrverordnung um die Tatbestände des organisierten Bettelns und Zwangsbettelns zu erweitern.

# SOZIAL- UND WOHNUNGSPOLITIK

Das Leben in Frankfurt soll für alle sozialen Schichten nicht nur lebenswert, sondern auch bezahlbar sein. Beides kann nur realisiert werden, wenn der immer stärkere Anstieg des Anteils der Produktgruppe „Soziales“ am städtischen Haushalt gebremst und schrittweise reduziert wird. Denn die Stadt Frankfurt muss in den kommenden Jahren hohe Investitionen für unaufschiebbare verkehrliche, technische, ökologische und kulturelle Großprojekte aufbringen. Diese wiederum dienen und nutzen allen Frankfurterinnen und Frankfurtern.

## MIT ANKÜNDIGUNGEN ALLEIN IST ES NICHT GETAN

Sozialer Frieden ist ein wichtiges Ziel städtischer Politik, er lässt sich aber nicht mit Geld „kaufen“, das unsere Stadt mit einem immer höheren Schuldenberg belastet. Aufgrund der hohen Attraktivität von Frankfurt als Wirtschaftsmetropole und einer völlig aus dem Ruder gelaufenen, unregulierten Migrationspolitik auf Bundesebene, ist der Wohnungsmarkt stark belastet, was es gerade Beziehern von kleinen und mittleren Einkommen massiv erschwert, erschwinglichen Wohnraum in unserer Stadt zu finden.

Die Herausforderungen des überlasteten Wohnungsmarkts lassen sich nicht durch bloße Versprechen lösen, sondern erfordern konkrete Maßnahmen und deren konsequente Umsetzung. Aufgrund begrenzter Ressourcen und der zuvor beschriebenen Parameter bleibt es jedoch schwierig, allen Interessen gleichermaßen gerecht zu werden.

## UNSERE POSITIONEN:

- In den städtischen Haushalt wird die freiwillige Leistung eines kommunalen Wohngeldes eingestellt. Dieses setzt oberhalb der Anspruchsgrenzen des bereits existierenden Wohngeldes als staatlicher Miet- und Lastenzuschuss nach dem Wohngeldgesetz an. Ansonsten orientiert es sich weitestgehend an den dort geregelten Kriterien (Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder, Höhe der zuschussfähigen Miete bzw. Belastung etc.). Zielgruppe dieser Subjektförderung in Form eines durch die Stadt Frankfurt gewährten kommunalen

Wohngeldes sind Mieter bzw. Wohnungseigentümer mit mittlerem Einkommen, damit auch diese sich das Wohnen in Frankfurt leisten bzw. weiterhin leisten können.

- Der Leerstand städtischer Wohnimmobilien ist umgehend zu beenden. Die betroffenen Liegenschaften sind unverzüglich zu sanieren und dem Wohnungsmarkt zuzuführen. Angesichts der akuten Wohnungsnot ist es inakzeptabel, dass die Stadt Frankfurt Immobilien, die sie zur Vermeidung von Spekulation im Rahmen ihres Vorkaufsrechts erworben hat, leerstehen und verkommen lässt, anstatt sie zur Linderung der Wohnungsnot einzusetzen.
- Die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** setzen sich für die Förderung und Achtung von Wohneigentum ein. Doch hat auch Artikel 14 (2) des Grundgesetzes eine hohe Bedeutung, wonach Eigentum zum Wohl der Allgemeinheit verpflichtet. Die Stadt Frankfurt muss daher geeignete Instrumente entwickeln, mit denen spekulativer Wohnungsleerstand nach einer halbjährigen Toleranzfrist sanktioniert werden kann.
- Der Baulandbeschluss sowie die Freiraumsatzung der Stadt Frankfurt führen zu einer unnötigen Erschwerung und Verteuerung von Neubau- und Sanierungsprojekten im Wohnungssektor. Dies hat zur Folge, dass sich sowohl private als auch institutionelle Investoren zunehmend aus dem Frankfurter Wohnungsmarkt zurückziehen. Um die Attraktivität des Wohnungsbaus zu steigern, sollen diese Regelungen weitestgehend aufgehoben oder so reformiert werden, dass die Errichtung frei finanzierter Wohnungen in unserer Stadt endlich wieder wirtschaftlich attraktiv ist. Dabei ist eine enge Abstimmung mit den relevanten Akteuren der Bau- und Immobilienwirtschaft erforderlich, um praxistaugliche und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Die bestehenden Milieuschutzsatzungen sind einer fundierten Überprüfung zu unterziehen. Ziel ist es, diese entweder vollständig aufzuheben oder so anzupassen, dass die Inanspruchnahme bundesweiter Förderprogramme, wie etwa der KfW- oder BAFA-Förderung für energetische Sanierungen, uneingeschränkt möglich wird. Gleichzeitig sollen baurechtliche Hürden für Er-

weiterungen bestehender Wohnimmobilien abgebaut werden, um eine nachhaltige Bestandsentwicklung zu ermöglichen und den Wohnraumbedarf in Frankfurt effektiv zu decken. Insbesondere der Ausbau von Dachgeschossen und der Anbau von Aufzügen sowie Balkonen dürfen nicht länger blockiert werden, da hierdurch zusätzlicher Wohnraum geschaffen und die Lebensqualität verbessert sowie der Umzugs- bzw. Wegzugsdruck gerade für ältere Menschen reduziert wird.

- Der Mangel an bezahlbaren Wohnungsangeboten für Auszubildende – derzeit fehlen in diesem Bereich rund 1.900 Wohnungen in Frankfurt – ist zu beenden. Um dieses Ziel zu erreichen, streben wir die Gründung eines Wohnungsbauunternehmens für Auszubildende an. Hierzu regen wir eine enge Zusammenarbeit zwischen der Stadt, den großen Arbeitgebern, der Handwerkskammer sowie der IHK an. Dieses „Azubi-Werk“ soll zukünftig als zentraler Bauträger und Vermieter von bezahlbaren Azubi-Wohnungen in unserer Stadt fungieren und mit Mitteln aus dem städtischen Haushalt gefördert werden. Darüber hinaus ist eine Angleichung der Förderung von studentischem Wohnen und Azubi-Wohnen anzustreben.
- Anstatt in der bereits von der städtischen Entwicklungsgesellschaft erworbenen Immobilie Niddastraße 76 im Stadtteil Gallus ein Suchthilfezentrum einzurichten, werden dort kurzfristig bezahlbare Wohnungen für Auszubildende geschaffen, die über die unmittelbare Nähe zum Frankfurter Hauptbahnhof optimal an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden sind.
- Die seit gut 40 Jahren andauernde rechtswidrige Besetzung der städtischen Liegenschaft „In der Au 14–16“ im Stadtteil Rödelheim durch sogenannte „Linksautonome“ ist zu beenden. Eine weitere Duldung dieses unhaltbaren Zustands ist auch im Hinblick auf den angespannten Wohnungsmarkt in Frankfurt nicht länger hinnehmbar. Auf dem 15.000 qm großen Grundstück ist die Errichtung von 250 Wohneinheiten anzustreben, bei der in Verbindung mit dem geplanten „Campus für berufliche Bildung“ im benachbarten Westerbachviertel vorrangig Azubi-Wohnen realisiert werden könnte.

- Kommunale Initiativen zur Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge, die über das sich aus dem Quotensystem für die Erstverteilung von Asylbegehrenden („Königsteiner Schlüssel“) für Frankfurt ergebende Kontingent hinausgehen, lehnen wir grundsätzlich ab. Ein solches Ansinnen ist auch in Anbetracht von 10.000 Familien, die in unserer Stadt auf der Warteliste für eine Sozialwohnung stehen, nicht zu verantworten.
- In Anbetracht der demografischen Entwicklung muss der Bau seniorengerechter und barrierefreier Wohnungen in Frankfurt weitaus stärker als bislang gefördert werden. Gleiches gilt für die Förderung von Mehrgenerationenwohnen.
- Die Zahl der Pflegebedürftigen in unserer Stadt hat sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt und wird weiter steigen. Die Stadt Frankfurt muss ihre Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um die dafür notwendige Pflegeinfrastruktur zu schaffen. Dabei ist insbesondere die häusliche Pflege als tragende Säule des Pflegesystems zu stärken und zu entlasten. Hierfür fordern wir die Bündelung und Bekanntmachung von Beratungsangeboten – etwa durch die Schaffung von Pflegestützpunkten – sowie die Schaffung von mehr Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen.
- Da die Haushaltsgruppe „Soziales“ einen immer größeren Teil des Haushalts beansprucht, müssen die sogenannten „Freiwilligen Leistungen“ in diesem Bereich grundlegend überprüft bzw. überarbeitet werden. Kürzungen oder Streichungen öffentlicher Mittel dürfen – auch in Anbetracht der rasant steigenden Verschuldung unserer Stadt – kein Tabu sein.
- Das Bestattungs- und Friedhofswesen in Frankfurt wird künftig Teil der allgemeinen Daseinsvorsorge. Die ohnehin strukturell defizitäre Friedhofs- und Bestattungsordnung wird aufgehoben und durch eine Kostenbeitragsordnung ersetzt, die Beerdigungen in Frankfurt wieder für alle sozialen Schichten erschwinglich macht. Denn auch unseren Verstorbenen sollte ein Recht auf Heimat zugestanden werden.

# STADTÖKOLOGIE UND KLIMAAANPASSUNG

Spürbare klimatische Veränderungen sind auch in Frankfurt festzustellen, sowohl in Form der Zunahme von Hitzetagen als auch von Starkregenereignissen. Darauf gilt es, sich auch politisch einzustellen. Ideologie und teure Kampagnen helfen nicht weiter und nutzen wenig. Auch vermag Frankfurt weder das Weltklima zu beeinflussen oder gar zu retten.

## KLIMAAANPASSUNG STATT KLIMAHYSTERIE

Es ist jedoch sehr wohl möglich, die mit den klimatischen Veränderungen für die Stadtbevölkerung einhergehenden Belastungen durch geeignete Maßnahmen auf kommunaler Ebene zu reduzieren und zu lindern.

### UNSERE POSITIONEN:

- Für bereits stark erwärmte Bereiche innerhalb Frankfurts müssen Lösungen entwickelt und umgesetzt werden, um die Überwärmung nachhaltig zu reduzieren. Dies kann etwa in Form von Dach- bzw. Fassadenbegrünungen, Baumpflanzungen, Sonnensegeln, Entsiegelungsmaßnahmen oder der Errichtung von Brunnen bzw. Wasserspielen erfolgen. Gezielt können auch Nebelsäulen zur punktuellen Verbesserung des Mikroklimas, insbesondere im Bereich von Hitzeinseln, zum Einsatz kommen.
- Eine angemessene Zahl von öffentlichen Trinkbrunnen ist in allen Stadtteilen zu errichten.
- Die Anschaffung und den Einsatz von mobilen bepflanzten Containern, sogenannten „Grünen Zimmern“, lehnen wir aufgrund der hohen Kosten (pro Stück 67.000 Euro zuzüglich Pflege und Unterhalt), dem fehlenden ökologischen Nutzen sowie der ungenügenden Nachhaltigkeit ab. Statt dieses sündhaft teuren Greenwashings für das gute Gewissen einiger weniger ist einer Entsiegelung und dauerhaften Begrünung der Vorzug zu geben.
- Die Frischluftzufuhr in die Stadt, insbesondere in die dichtbesiedelten inneren Bereiche, muss in jeder bisherigen Weise geschützt und erhalten bleiben. Dieser mikroklimatischen Notwendigkeit muss jede städtebauliche Maßnahme untergeordnet werden. Eine Neuversiegelung von Kaltluft- und Frischluftentstehungsgebieten in der Peripherie von Frankfurt, mit allen negativen Auswirkungen auf das Stadtklima und den Wasserhaushalt, lehnen wir deshalb konsequent ab.
- Der klimaverträglichen Nachverdichtung im Bestand, also einer Innenentwicklung bei gleichzeitiger Aufwertung und Ausweitung innerstädtischer Grünflächen, muss der Vorrang vor einer weiteren Außenentwicklung eingeräumt werden.
- Nicht bzw. untergenutzte Verkehrs- und Siedlungsflächen werden, sofern sie nicht revitalisiert bzw. keiner anderen Nutzung zugeführt werden können, entsiegelt.
- Um unsere Kinder und Lehrkräfte vor den zunehmenden Herausforderungen durch Hitzewellen zu schützen, fordern wir die Entwicklung und Umsetzung eines umfassenden Hitzeschutzkonzepts für alle Schulen und Kindertagesstätten in Frankfurt, sowohl im Bestand als auch im Neubau. Dieses Konzept soll Maßnahmen wie den Sonnenschutz, die Installation von Klimaanlage oder alternativen Kühlungssystemen, die Begrünung von Schulhöfen sowie die Bereitstellung ausreichender Trinkwasserspender umfassen. Ziel ist es, auch an heißen Tagen gesunde und lernfördernde Bedingungen in unseren Kitas und Schulen zu gewährleisten.
- Der zunehmenden Häufigkeit von Starkregenereignissen muss durch entsprechende Maßnahmen des Hochwasser- und Überflutungsschutzes im Stadtgebiet von Frankfurt Rechnung getragen werden, um Anlieger zu schützen und Schäden zu vermeiden bzw. möglichst gering zu halten. Hierzu zählen – in Zusammenarbeit mit den Kommunen an den Oberläufen – die Schaffung von weiteren Retentionsflächen und höheren Uferbegrenzungen sowie Ausbau, Ertüchtigung und regelmäßige Reinigung des Abwasserkanalnetzes – insbesondere der Sinkkästen.
- Es wird ein städtisches Förderprogramm aufgelegt, das Eigentümer und private Haushalte bei der Hochwasser-

prävention unterstützt. Dabei ist auch die Möglichkeit einer rückwirkenden Förderung bereits umgesetzter Maßnahmen zum Hochwasserschutz vorzusehen.

- Die Trinkwasserversorgung muss in öffentlicher Hand bleiben. Bestehende Wasserwerke im Stadtgebiet sollen geschützt und weiter in Betrieb bleiben. Bei bereits stillgelegten Wasserwerken ist die Möglichkeit einer Wiederinbetriebnahme zu prüfen. Diese Maßnahmen sind gerade auch vor dem Hintergrund der starken Bevölkerungszunahme und einem damit einhergehenden steigenden Wasserbedarf geboten.
- Frankfurt benötigt endlich wieder eine funktionierende Brauchwasserversorgung, vor allem für die für das Stadtklima so wichtigen Stadtbäume. Deren Versorgung mit wertvollem, vorwiegend aus dem Vogelsberg und dem Hessischen Ried importierten Trinkwasser ist umwelt- und regionalpolitisch ein Dauerskandal.
- Die Stadt Frankfurt berät und fördert die örtlichen Landwirte bei der Umstellung von der konventionellen auf eine ökologische Produktion. Von einer Förderung sollen auch jene Landwirte profitieren, die nur teilweise ökologisch wirtschaften, z.B. mit einer nachhaltigen Fruchtfolge.
- Die Stärkung der örtlichen Landwirtschaft wird gezielt vorangetrieben, u.a. durch den Aufbau lokaler Wertschöpfungsketten, Impulse für Direktvermarktung und die Einführung einer Frankfurter Regionalmarke für landwirtschaftliche Erzeugnisse.
- Wir setzen uns für eine kommunale Wärmeplanung mit Augenmaß ein. Unser Ziel ist eine nachhaltige, effiziente und vor allem verlässliche sowie bezahlbare Wärmeversorgung für die Menschen und Unternehmen in unserer Stadt. Für uns steht dabei ganz klar die Versorgungssicherheit im Vordergrund: Niemand darf in kalten Wohnungen sitzen, und die Kosten für die Umstellung auf klimafreundliche Wärmesysteme dürfen Haushalte, Eigentümer und unsere Unternehmen nicht überfordern. Deshalb lehnen wir ideologisch geprägte, überhastete Vorgaben ab, die die Versorgungssicherheit gefährden oder Wohnkosten in Frankfurt unnötig in die Höhe treiben. Stattdessen setzen wir auf eine realistische, technologieoffene und wirtschaftlich tragfähige Wärmewende, die Klimaschutz mit den Bedürfnissen der Bürger und der Wirtschaft in Einklang bringt.
- Einen verpflichtenden Anschluss an Fernwärmenetze für Endverbraucher lehnen wir entschieden ab. Eigentümer und Mieter müssen die Freiheit behalten, die für sie wirtschaftlichste und nachhaltigste Wärmeversorgungslösung zu wählen. Die Kommunale Wärmeplanung darf nicht zu einseitigen Vorgaben führen, sondern muss technologieoffen und flexibel gestaltet werden.
- Unabhängig davon muss sich die Stadt Frankfurt aktiv für mehr Transparenz und Wettbewerb im Fernwärmemarkt einsetzen. Durch die Förderung alternativer Anbieter und innovativer Technologien (z.B. dezentrale Wärmepumpen, Solarthermie) sollen die Kosten für Verbraucher gesenkt und Monopolstellungen abgebaut werden. Für sozial schwächere Haushalte sind kommunale Unterstützungsmaßnahmen vorzusehen, um Härtefälle zu vermeiden.

# STADTPLANUNG UND STADTENTWICKLUNG

Frankfurt hat in den vergangenen Jahren einen hohen Bevölkerungszuwachs verzeichnet, der sich auch in Zukunft weiter fortsetzen könnte. Das ist einerseits der Beweis für die Attraktivität und Wirtschaftskraft unserer Stadt mitten in Deutschland und Europa. Andererseits bringt dieses Bevölkerungswachstum erhebliche, im vollen Umfang noch nicht abzusehende Schwierigkeiten mit sich. Denn im Gegensatz zur Einwohnerzahl ist die Grundfläche von Frankfurt um keinen Quadratmeter gewachsen.

## DIE NEUE ALTSTADT ZEIGT: KREATIVITÄT IST GEFRAGT!

Nicht nur bezahlbarer Wohnraum ist in Frankfurt sehr knapp geworden. Auch der öffentliche Raum leidet zunehmend unter Überbeanspruchung. Die Verkehrsinfrastruktur Frankfurts ist stark belastet und bedarf großer Investitionen. Hort-, Kindergarten- und Schulplätze stehen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung. Dieser Entwicklung darf nicht tatenlos zugeesehen werden, sie muss gestaltet werden. Ansonsten wird Frankfurt an Lebensqualität einbüßen.

Mit ihrer erfolgreichen Initiative für die „Neue Altstadt“ haben die **BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF** einen historischen Beitrag für die Attraktivität und Lebensqualität unserer Stadt geleistet. Auch den skizzierten, neuen Herausforderungen stellen wir uns mit realistischen Konzepten.

## UNSERE POSITIONEN:

- Grundsätzlich sind die aus dem Bevölkerungswachstum resultierenden Aufgabenstellungen nicht in den Grenzen unserer Stadt, sondern nur innerhalb der Metropolregion FrankfurtRheinMain lösbar. Daher muss die interkommunale Zusammenarbeit bei der Schaffung von Wohnraum sowie bei der Deckung des Bedarfs an Gewerbeflächen intensiviert und ausgebaut werden. Dabei ist vorrangig das Ziel zu verfolgen, die in Frankfurt herrschende Konkurrenz um Fläche durch verschiedene Nutzungsformen zu reduzieren und das Einwohnerwachstum in unserer Stadt zu bremsen.
- Die Errichtung einer großen neuen Trabantenstadt auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen im Frankfurter Nordwesten („Josefstadt“) lehnen wir konsequent ab. Eine dauerhafte Versiegelung und damit endgültige Vernichtung dieser hochwertigen Agrarböden, wie sie in Deutschland nicht mehr oft vorzufinden sind, ist nicht vertretbar. Darüber hinaus sprechen eine Vielzahl von ökologischen, klimatischen und infrastrukturellen Faktoren gegen einen neuen Stadtteil an dieser Stelle. Stattdessen ist eine maßvolle Arrondierung der bestehenden Stadtteile in Betracht zu ziehen, mit angepasster Infrastruktur sowie größtmöglichem Erhalt von Grünzugflächen und Frischluftzufuhr. Dafür setzen wir jedoch die Realisierung der Ortsumfahrung für Praunheim voraus, die bereits seit über 70 Jahren diskutiert wird und im Jahr 2005 in den Gesamtverkehrsplan Frankfurt am Main aufgenommen wurde.
- Eine Bebauung des Pfingstbergs zwischen Nieder-Eschbach, Nieder-Erlenbach und Harheim lehnen wir aus den vorgenannten Gründen ebenfalls entschieden ab.
- Auch die Schaffung eines weiteren Gewerbegebietes im Stadtteil Nieder-Eschbach, Bereich Züricher Straße/Anna-Lindh-Allee sind wir nicht bereit zu akzeptieren. Die dort zur Disposition stehende Freifläche fungiert als Kaltluftentstehungsfläche sowie Frischluftschneise und ist, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen des Klimawandels, für die Sicherstellung eines noch erträglichen Stadtklimas in Frankfurt unentbehrlich.
- Der Festplatz am Ratsweg ist seit dem Jahr 1968 Heimat unserer traditionsreichen Dippemess, dem größten und ältesten Frankfurter Volksfest. Einen Neubau der Europäischen Schule Frankfurt (ESF) an dieser Stelle und die damit verbundene Verlagerung der Dippemess sowie die Vernichtung von Kleingärten des KGV Riederwald lehnen wir entschieden ab. Für den Neubau der ESF muss ein anderes geeignetes Grundstück gefunden werden, möglicherweise auch im östlichen Umland von Frankfurt, z.B. an der Stadtgrenze von Offenbach.
- Den Neubau der Multifunktionsarena neben dem Waldstadion in Niederrad befürworten wir, jedoch nur unter

der Voraussetzung, dass vorher ein für den Stadtteil tragfähiges Verkehrskonzept und Parkleitsystem entwickelt wird, denn bereits heute sind die Anwohner durch das Verkehrsaufkommen bei Großveranstaltungen extrem belastet. Dieser Zustand ist nicht länger hinnehmbar. Daher muss im Rahmen der Planung der Multifunktionsarena auch die Verkehrssituation in Niederrad gelöst werden. Keinesfalls darf dabei aus ideologischen Gründen auf die Schaffung von ausreichend Parkplätzen für den motorisierten Individualverkehr verzichtet werden. Insbesondere ist eine Zufahrtskontrolle für die umliegenden Wohngebiete über im Boden versenkbare Polleranlagen zu prüfen, die mit Weitbereichslesern ausgestattet sind und eine Zufahrt nur für dauerhaft berechnigte Anlieger sowie Taxen, Polizei und Rettungsdienste ermöglichen, deren Fahrzeuge mit einem entsprechenden Transponder ausgestattet sind.

- Einer intelligenten Innenentwicklung – insbesondere in Form der Revitalisierung von Brachflächen, untergenutzten Gewerbegebieten, einer Aufstockung von Wohngebäuden sowie der Umwandlung von leerstehenden Bürogebäuden in Wohnimmobilien – ist grundsätzlich Vorrang vor der Außenentwicklung zu geben. Letztere ist nicht nur langwierig, sondern in der Regel auch mit einer zusätzlichen Flächenversiegelung verbunden, die einen weiteren Eingriff in den Naturhaushalt darstellt und die negativen Auswirkungen des Klimawandels verstärkt.
- Wir befürworten die Realisierung des Quartiers Günthersburghöfe, für das bereits ein gültiger Bebauungsplan vorliegt. Dort können kurzfristig etwa 1.500 neue Wohnungen entstehen, die innenstadtnah gelegen sind und zudem über eine bereits vorhandene Anbindung an den ÖPNV verfügen. Für den nördlich markierten öffentlichen Bereich „urbane Wildnis“ streben wir die Schaffung von Klein- und Freizeitgärten an.
- Alle potentiellen Möglichkeiten des Rückbaus und der Verlagerung überdimensionierter Verkehrs- und Logistikinfrastrukturen, z.B. in die Peripherie von Frankfurt oder ins Umland, sind dahingehend zu prüfen, inwieweit sich dadurch Potentiale für die innenstadtnahe Entwicklung von neuen Wohnquartieren heben lassen. Konkret ist hier etwa die Rosa-Luxemburg-Straße zu nennen, deren Rückbau auch schon der Städtebaubeirat angeregt hat.

- Die Flächenkonkurrenz zwischen den Nutzungsformen Wohnen, Büro/Gewerbe und Landwirtschaft erfordert einen Interessenausgleich, der den Bedürfnissen aller Frankfurterinnen und Frankfurter gerecht wird und dabei sowohl für Unternehmen als auch für Landwirte höchstmögliche Standortsicherheit gewährleistet.
- Neue bzw. erweiterte oder verdichtete Wohnquartiere dürfen nur dort realisiert werden, wo diese nach Abwägung sozialer, ökologischer und verkehrlicher Gesichtspunkte stadtplanerisch vertretbar sind. Dabei ist zu beachten, dass der Charakter der jeweiligen Stadtregion bzw. des Stadtteils erhalten bleibt.
- In allen Stadtteilen von Frankfurt werden ausreichend Hundeausläufflächen bzw. Hundewiesen geschaffen. Diese sind mit Sitzgelegenheiten, Wasserstellen, Schattenbereichen sowie Hundekotbeutelspendern auszustatten und, wo erforderlich, einzuzäunen, um die Sicherheit von Passanten und Hunden gleichermaßen zu gewähren.
- Die von der Stadt Frankfurt bereitgestellten Hundekotbeutelspender werden zukünftig nicht mehr von freiwilligen Paten befüllt, sondern durch Mitarbeiter der FES.
- Vor jeder städtebaulichen Maßnahme müssen unter Beteiligung der im Umfeld bereits ansässigen Bewohner alle infrastrukturellen und verkehrlichen Voraussetzungen geklärt werden. Dabei ist auch die soziale Struktur im Quartier zu berücksichtigen, um einer sozialräumlichen Segregation vorzubeugen und den sozialen Frieden zu wahren.
- Insbesondere bei umfangreicheren Planungs- und Bauprojekten ist die Öffentlichkeit frühzeitig zu informieren und eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherzustellen, um auf diesem Wege die notwendige Transparenz und Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.
- Wo immer es im innerstädtischen Bereich sinnvoll und möglich ist, sind umfassende Stadtreparaturen vorzunehmen. Dies gilt vorrangig für den Bereich um die Alte Mainzer Gasse, die Hauptwache als einen der zentralen Plätze in Frankfurt, Alt-Sachsenhausen sowie die völlig missglückte Gestaltung der Platzfolge Rossmarkt, Goethe- und Rathenauplatz.

- Für seine Begrenzung in der Fläche hat Frankfurt mit seiner Skyline eine für Deutschland einzigartige Antwort gefunden. Hochhäuser schaffen dringend benötigten Raum in der Vertikalen und sind zugleich zu einem Wahrzeichen unserer Stadt geworden, welches Besucher aus aller Welt anzieht. Doch bei aller Begeisterung für „Mainhattan“ gilt es bei der Entwicklung und dem Neubau weiterer Hochhäuser Augenmaß zu bewahren, sind diese doch sowohl im Bau als auch in der Unterhaltung teuer und energieintensiv. Bei der Hochhausentwicklung müssen daher zukünftig ökonomische und ökologische Kriterien im Vordergrund stehen. Zudem ist der architektonische Spannungsbogen zwischen Tradition und Moderne, der Frankfurt so liebenswert macht, zu erhalten. Deshalb dürfen neue Hochhäuser die historischen und kulturellen Strukturen unserer Stadt nicht überlagern.
- Die Realisierung des aus dem Wettbewerb zur Neugestaltung des Bethmannhofs im historischen Kern unserer Stadt hervorgegangenen Siegerentwurfs lehnen wir ab und fordern dessen grundlegende Überarbeitung. Der vorliegende Entwurf ist völlig überdimensioniert und wird weder der direkten Nachbarschaft zu Rathaus Römer und Paulskirche gerecht, noch weist er Bezüge zum historischen Bethmannhof auf. Auf die Eigentümer ist seitens der Stadt Frankfurt dahingehend einzuwirken, dass mindestens eine historisch angepasste Lösung anzustreben ist. Auch die Rekonstruktion des Vorkriegszustands sollte dabei einer ernsthaften Prüfung unterzogen werden.
- Der sich derzeit rasant vollziehende Strukturwandel im Einzelhandel erfordert auch in Frankfurt neue Nutzungskonzepte und -formen für Einkaufsstrassen und Fußgängerzonen. Es ist Aufgabe der Stadtentwicklung, auf diesem Gebiet proaktiv und vorausschauend zu planen. Dies betrifft nicht nur die Innenstadt und hier insbesondere die Einkaufsmeile „Zeil“, sondern auch die entsprechenden Lagen in den Stadtteilen.

## WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

Frankfurt ist ein Kraftzentrum der deutschen und europäischen Wirtschaft. Unser Wohlstand basiert auf der Stärke unserer Unternehmen – von globalen Finanzinstituten und Pharma-Konzernen bis hin zum innovativen Mittelstand und soliden Handwerksbetrieben. Damit dies so bleibt, muss die Stadtpolitik die Rahmenbedingungen schaffen. Dazu gehören eine exzellente digitale und verkehrliche Infrastruktur, eine effiziente und unbürokratische Verwaltung sowie vor allem ein sicheres und attraktives städtisches Umfeld. Ein starker Wirtschaftsstandort ist kein Selbstläufer, er muss jeden Tag neu erarbeitet werden.

### QUERSCHNITTSBRANCHE TOURISMUS

Dabei ist auch der Tourismus ein nicht mehr wegzudenkender Wirtschaftsfaktor für unsere Stadt. Denn durch diesen erzielen nicht nur Hotel- und Gastronomiebetriebe Umsätze. Auch der Einzelhandel, die Dienstleister, die Taxifahrer und unzählige Zulieferer in unserer Stadt pro-

fitieren direkt. Die personalintensive Branche schafft und sichert Tausende von standortgebundenen Arbeits- und Ausbildungsplätzen, gerade auch für Geringqualifizierte. Jede Investition in den Tourismus ist daher auch eine Investition in den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Stabilität unserer Heimatstadt.

### UNSERE POSITIONEN:

- Um den wirtschaftlichen Erfolg unserer Stadt auch zukünftig zu sichern, ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur Grundvoraussetzung. Diese ist daher auszubauen und zu ertüchtigen, etwa durch eine bessere Anbindung des Flughafens, den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und eine Optimierung der Verkehrsflüsse im gesamten Stadtgebiet. Dabei ist sicherzustellen, dass Unternehmensstandorte für Pendler, Kunden, Lieferanten sowie weitere Wirtschaftsverkehre dauerhaft erreichbar sind.

- Die rein ideologisch motivierte Verdrängung des Kraftfahrzeugverkehrs aus der Stadt, ohne zuvor den ÖPNV auszubauen oder Park + Ride Angebote zu schaffen, wird sofort gestoppt. Denn diese wirkt sich negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung in Frankfurt aus und schadet insbesondere dem stationären Einzelhandel sowie dem Handwerk.
- Bereits verloren gegangener bzw. vernichteter Parkraum im Stadtgebiet von Frankfurt ist wieder herzustellen, die Kapazitäten in den städtischen Parkhäusern sind auszubauen sowie deren Nutzung durch ein digitales Parkleitsystem, das auf Echtzeitdaten basiert, zu optimieren.
- Um die Erreichbarkeit von Einzelhandel, Gastronomie und Gewerbe mit dem Auto in unserer Stadt zu erhöhen, werden alle Parkscheinautomaten an den Geschäftsstraßen im gesamten Frankfurter Stadtgebiet mit der sogenannten „Brötchentaste“ ausgestattet. Diese Form des kostenlosen Kurzzeitparkens (15 Minuten) wird auch digital per Smartphone-App verfügbar gemacht.
- Für in Frankfurt registrierte Handwerksbetriebe wird der Handwerker-Parkausweis für die Region Frankfurt RheinMain zukünftig als „Macher-Parkausweis“ gebührenfrei und unbürokratisch ausgestellt.
- Der Wohlstand unserer Stadt wird täglich von tausenden Handwerkern auf den Baustellen, in den Werkstätten und bei den Kunden zu Hause erarbeitet. Mit dem „Meister-Pakt“ machen wir Frankfurt zur handwerkfreundlichsten Metropole Deutschlands. In diesem Rahmen wird unter anderem eine städtische Gründungsprämie in Höhe von 10.000 Euro für jeden neuen Meister zur Verfügung gestellt, der in unserer Stadt einen Betrieb gründet oder übernimmt.
- Wir unterstützen und fördern die Schaffung von zentralen Handwerkerhöfen, um bezahlbare Werkstattflächen in Frankfurt zu sichern und neu zu schaffen.
- Die Bevorzugung lokaler Unternehmen ist bei der Vergabe städtischer Aufträge konsequent vorzusehen, soweit dies wettbewerbsrechtlich möglich ist.
- Der Ausbau und die Modernisierung der digitalen Infrastruktur, insbesondere flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsinternet (Glasfaser und 5G) sind zur Stärkung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Frankfurt unerlässlich und daher konsequent voranzutreiben.
- Im Energiebereich ist das Stromnetz bedarfsgerecht und zukunftsfähig auszubauen, die kommunale Wärmeplanung muss mit Augenmaß und mit Rücksicht auf die Belange der Wirtschaft umgesetzt werden.
- Als Antwort auf den Strukturwandel im Einzelhandel sind schlüssige Konzepte für eine Nutzungsdurchmischung in der Innenstadt sowie in den Stadtteilzentren zu entwickeln und umzusetzen, um diese lebendig und attraktiv zu erhalten bzw. wieder zu machen. Dazu werden wir ein Programm zur Stärkung der Stadtteil-Ökonomie auflegen, das einen „Digitalisierungs-Zuschuss“ für kleine Betriebe vorsieht, damit diese online sichtbar und damit auch in diesem Marktsegment wettbewerbsfähig werden.
- Die Stadt Frankfurt wirkt im Rahmen ihrer Möglichkeit auf Banken und Sparkassen dahingehend ein, dass diese zumindest die Versorgung mit Bargeld durch Geldautomaten in allen Stadtteilen gewährleisten und dort im Idealfall den Bürgern auch Bankdienstleistungen zur Verfügung stellen. Dazu sind z.B. gemeinsam betriebene Finanzpunkte oder SB-Zonen anzustreben, die sich bereits vielerorts bewährt haben.
- Auch die Wirtschaftsunternehmen in Frankfurt sind in zunehmendem Maße auf internationale Fachkräfte angewiesen. Um diese zu gewinnen, ist nicht nur ein einladendes Klima zu schaffen, sondern das Frankfurt Immigration Center so zu organisieren, dass diese sich auch tatsächlich willkommen fühlen. Wo möglich, sind deshalb bürokratische Hürden abzubauen, und die Antragsbearbeitung ist zu beschleunigen.
- Die Stellung unserer Stadt als führender Finanzplatz in Deutschland und Europa darf nicht als selbstverständlich betrachtet werden – insbesondere angesichts des rasanten Strukturwandels, der sich derzeit im klassischen Bankensektor vollzieht. Frankfurt muss daher zu Europas führendem Standort für Finanztechnologie (FinTech) weiterentwickelt werden. Dazu ist die nächste Generation der Finanzwirtschaft aktiv in unserer Stadt anzusiedeln. Um dieses Ziel zu erreichen, sind bestehende Start-up Hubs und Innovationsplattformen, wie etwa

das bereits 2016 gegründete „TechQuartier“, zukünftig stärker zu fördern. Förderprogramme und Netzwerke müssen durch die Stadt Frankfurt ausgebaut und bekannter gemacht werden.

- Um die Position unserer Stadt im Messe- und Kongressgeschäft weiter auszubauen, setzen wir auf gezielte Investitionen in die Messeinfrastruktur. Zudem schaffen wir attraktive Rahmenbedingungen, wie verbesserte Verkehrsanbindungen, mehrsprachige Serviceangebote und ein sicheres, einladendes Stadtumfeld, um Aussteller, Veranstalter und Besucher gleichermaßen zu begeistern.
- Durch eine aktive Veranstaltungs- und Kulturförderung, wie den Ausbau von Großveranstaltungen, Messen und kulturellen Events sowie die Förderung von Kooperationen zwischen der städtischen Tourismus+Congress GmbH, der Messe Frankfurt und lokalen Akteuren, zieht unsere Stadt ganzjährig Besucher an.
- Mit einem gezielten Stadtmarketing, das Frankfurts Vielfalt, Kultur und Wirtschaftskraft international bewirbt, wird der Tourismus in unserer Stadt nachhaltig gefördert und Frankfurt als Top-Destination für Kongresse und Messen, aber auch für Städtereisen, etabliert und weiter bekannt gemacht.

Impressum:

**BÜRGER FÜR FRANKFURT BFF e.V.**

c/o Mathias Pfeiffer

Schelmenweg 18 • 60388 Frankfurt

☎ 0171 1781810

✉ kontakt@bff-frankfurt.de

🌐 www.bff-frankfurt.de



**BÜRGER FÜR  
FRANKFURT BFF**